

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

52 (2.3.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wagnispreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 63 A Zustellgebühr; ab-
geholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Posthalter
1.15 M. durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 A
Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit:
1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die 7spaltige Annonzente oder deren Raum 50 A. Restamen
1.50 M. — Volantanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt.
Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Was geht in Frankreich vor?

Es kann nach den jüngsten Ereignissen in Frankreich keinen Zweifel unterliegen, daß gegenwärtig dort eine soziale Krise tobt, die unter Umständen von weittragender Bedeutung sein kann. Im Innern selbst hat Frankreich mit nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Prozeß Coillaut, der heute im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, drängt wohl für den Augenblick andere Fragen zurück, die darum aber jedenfalls für die französische Staatsmaschine nicht ohne bitteren Beigeschmack sind. Das ist die Bekämpfung der sich auch in Frankreich bemerkbar machenden linksradikalen Strömung, deren Weg nach Moskau führt. Das doch auf dem Kongreß des Seinerverbandes der sozialistischen Partei, der Antrag Vorriest zugunsten der dritten Internationale eine über noch einmal so große Stimmzahl erholten, als alle anderen Anträge zusammen. Und wie das Resultat in dieser Frage auf dem in diesen Tagen in Straßburg stattfindenden allgemeinen Sozialistenkongreß ausfallen wird, ist schwer vorzusagen, jedenfalls muß man aber damit rechnen, daß sich doch gewiß eine beachtenswerte Stimmzahl für den Anschluß an die dritte Internationale und damit die Sinneigung zum Bolschewismus ergeben wird.

Schon im Senat hat der Senator Chéron deshalb eine Interpellation eingebracht, die dahin geht, daß die Regierung Maßnahmen treffen soll, die Organisation der bolschewistischen Propaganda energisch zu bekämpfen, um Frankreich vor dem Bolschewismus zu bewahren.

Auch die Lohnkämpfe, die sich in Frankreich in der letzten Zeit bemerkbar gemacht haben, sind von radikaler Stimmung getragen, die es der Regierung ernstlich zu Gemüte führen müssen, wohin die Reise geht. Meist das französische Volk — und das wird es nur allzu bald — daß die Goldquelle aus Deutschland nicht mit der Intensität fließt wie man es ihm vorgegaukelt hat, wird sich eine Wablung vollziehen, die der bürgerlichen Gesellschaft sehr unbehagen werden kann.

Großes Aufsehen erregt auch in der französischen Presse eine Rede, die am vorigen Freitag anlässlich einer sozialistischen Interpellation über die Transportkrise und die Eisenbahnerbewegung der bürgerliche Abgeordnete Roblemaire gehalten hat. Der Abg. Roblemaire ist als Kandidat des Nationalen Wlods erst bei den Wahlen im vorigen November zum erstenmale gewählt worden. Er ist also ein parlamentarischer Neuling, aber als Großkapitalist und Vorsitzender des Aufsichtsrates verschiedener Eisenbahngesellschaften war er bereits ziemlich bekannt. Während nun bisher diese Kammer des Nationalen Wlods und auch die aus ihrer Mitte zusammengetretene Regierung rückfahriges den bürgerlich-kapitalistischen Standpunkt vertreten und auf die Forderungen der Arbeiterklasse nur mit Machtdrohungen geantwortet hatte, entwickelte dieser großkapitalistische Abgeordnete nun eine Theorie: er erklärte, daß die Zeiten des „Arbeitgebers von Gottes Gnade“, der seinen Arbeitnehmern keine Rechenschaft schulde, endgültig vorbei seien, und daß er dazu beitragen wolle, mit dieser „sozialen und überholten Auffassung aufzuräumen“.

„Die Geister sind heute nicht mehr dieselben wie vor dem Kriege“, erklärte er weiter und er fügte hinzu: „Es gibt keinen Platz mehr unter der „Machttrugschneise“ für habgierige und eigennützige Unternehmer“. Des weiteren sagte er bezüglich der Eisenbahnerbewegung, daß man an die Mitarbeit der Beamten- und Angestelltenchaft appellieren müsse.

Das waren für französische bürgerliche Ohren ganz neue Töne. Die Gründe dieses Einlenkens sind wohl in dem stark bolschewistischen Charakter zu suchen, den die damals noch drohende Eisenbahnerbewegung in Frankreich zeigte. Die Unternehmer haben Angst bekommen und zeigen sich zu Konzessionen bereit. Aber in diesem rückfahrlischen aller französischen Parlamente seit 50 Jahren wurde man vergebens nach dem neuen Führer, der das erlösende Wort des Entgegenkommens an die Arbeiterchaft aussprechen würde. Jetzt scheint man ihn gefunden zu haben und auch diejenigen Väter, die bis vor kurzem auf die Forderungen des Proletariats nur mit Hohn und mit Drohungen zu erwidern wußten, feiern nun im Abg. Roblemaire ihren neuen großen Führer. Aber auch die sozialistische Presse begrüßt die Rede Roblemaires als ein greifbares Zeichen der Fortschritte der französischen Arbeiterklasse.

Weitere Verhaftungen.

Paris, 1. März. Heute morgen wurde Louis Loreal verhaftet. Derselbe machte sich durch einen am 15. Februar veröffentlichten Artikel des anarcho-sosialistischen Pressevergehens schuldig. Die seiner Verhaftung folgende Hausdurchsuchung förderte ein belastendes Material zutage, revolutionäre Flugchriften usw. Ebenso wurde eine Hausdurchsuchung in der „Libertaire“, der Zeitung, die diesen Artikel veröffentlichte, vorgenommen und deren Direktor verhaftet.

Paris, 1. März. Infolge der Verhaftung mehrerer Führer der Eisenbahner hielten es die Delegierten der Eisenbahner von Paris für gut, sich mit dem nationalen Eisenbahnerbund in Verbindung zu setzen. Die Angehörigen der Metropolitanlinie protestierten in einer heute morgen angenommenen Tagesordnung gegen die Verhaftung von Führern der Eisenbahner. Die Eisenbahner der Mittelbahn nahmen eine im gleichen Sinne gehaltene Entschließung

an. Willeraud erklärte heute morgen Journalisten, daß die Lage durchaus besriedigend sei und daß der Verkehr ziemlich normal verlaufe. Teilweise sei sogar eine Wiederaufnahme der Arbeit festzustellen. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei sichergestellt.

Paris, 1. März. Heute vormittags sind in Paris fünf Personen verhaftet worden, die Militärpersonen zum Ungehorsam verleitet hätten, oder welche sich Vergehen gegen die Freiheit der Arbeiter hatten zuschulden kommen lassen.

Schärfste Maßnahmen der Behörde.
Paris, 1. März. Der Eisenbahnerstreik in Frankreich hat nach den letzten Nachrichten etwas abgeklaut. Die Behörden haben die schärfsten Gegenmaßnahmen getroffen und die Schüler der Technischen Hochschulen und vieler anderer bürgerlicher Vereinigungen haben als technische Rothilfe den notwendigen Betrieb des Verkehrs ermöglicht. Der Vorwärtsverkehr in Paris ruht jedoch fast vollständig.

Letzte Verhandlungen.
Paris, 2. März. Der nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge von Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten eine Einigung zwischen Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektion erzielt wurde. Daher wird der Streik die Arbeit sofort wieder aufnehmen, vom Verbands gegeben werden.

Paris, 2. März. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Jouhaux hat einem Korrespondenten der „Daily News“ erklärt, die französischen Gewerkschaften verurteilen die dezentralisierte Nationalisierung zu erklären, das heißt, daß die Kontrolle der Industrie von den Arbeitern, von den Technikern, von den Verbrauchern und von den Vertretern der Gemeindefürsorge ausübt werden.

Französischer Sozialistenkongreß.

Straßburg, 29. Febr. In der Samstag-Nachmittag-Sitzung des Sozialisten-Kongresses trat Lorriest für den Anschluß der französischen sozialistischen Partei an die dritte Internationale ein und forderte die Schaffung von Arbeiterorganisationen, welche die Diktatur des Proletariats ausüben sollen. Renardel erinnerte daran, daß Lorriest anlässlich der Kriegserklärung selbst für die Landesverteidigung gestimmt hat. Er wies auf die Unklarheiten des Krieges und auf die Haltung der deutschen und der französischen Sozialisten hin und zitierte folgende Worte Lenins: „Die erste Pflicht des bolschewistischen Sozialismus besteht darin, die Niederlage des eigenen Vaterlandes herbeizuführen“. Renardel fragte: Welcher französische Sozialist würde es wagen, hier öffentlich zu sagen, man müsse dazu beitragen, die Niederlage Frankreichs herbeizuführen? Der Bolschewismus hat nichts anderes vorzuziehen als die Anarchie. Die Ausführungen Renardels wurden von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen. Frau Saumoneau machte die Argumente des Vorredners zu widerlegen und die Motion Lorriest zu verteidigen. Die Verhandlungen wurden nachts 1/2 Uhr abgebrochen. In der Sitzung des Sonntag-Vormittags besprach der Parteitag die vom Komitee vorgebrachten Vorschläge. Die vier Ausgeschiedenen sind nach Straßburg gekommen, um sich zu verteidigen. Der Parteitag ging jedoch zur Abstimmung über die Anträge über. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.

Neue Erhöhung für Zeitungspapier.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. vor. Monats wurden die am 21. Januar für Februar festgesetzten Zeitungspapierpreise für die Zeit vom 16. bis 29. Februar um weitere 17,50 Mark für hundert Kilogramm erhöht. Kom zu weiterer Erhöhung war der Nachweis erbracht, daß die bisherigen Preise bei einer Anzahl Papierfabriken die Produktionskosten nicht deckten, jedoch bei Nichtbeachtung der Preise ein erheblicher Rückgang der Druckereierzeugung zu befürchten wäre.

Das „Loch im Westen“.

Eine neue deutsche Protestnote.
Berlin, 1. März. Wegen des „Loches im Westen“ ist nunmehr ein erneuter deutscher Protest durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen in Form einer dringlichen Note gerichtet worden. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des unbeschränkten Warenverkehrs über die westliche Grenze Deutschlands unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark nach Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichsten Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Zerrüttung unserer Wäluza wird nicht allein Deutschland, sondern es werden sehr beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrag schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken deutscher Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskraft der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum hohen Preis entbehrliche Waren eingeführt, während die deutsche Regierung verhindert wird, dagegen einzuschreiten. Beim Versuch des Reichskanzlers im westlichen Industriegebiete wiederholten sich die Klagen immer wieder auf neu, daß es bei dem Sinken deutscher Währung nicht gelinge, Lebensmittel und Kleidung zu erträglichen Preisen ins Land zu bringen, um die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu steigern. Die deutsche Regierung erklärt sich abermals gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über wertmäßig begrenzte Waren zum Verkauf, die von der deutschen Ausfuhrverboden ausgenommen sein sollen. Die Note bittet dringend um einen baldigen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, durch den die Verfügungen der Truppenbefehlshaber über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen außer Kraft gesetzt würden.

Anpassung an die Weltmarktpreise.

Von Rudolf Bissell.

In weiten Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft wird mit allen Kräften auf eine Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise hingearbeitet. Was das für eine volkswirtschaftliche Pflanzkraft sein würde, kann im Rahmen dieses Artikels nur kurz angedeutet werden, aber es lohnt sich, doch einmal dieses Thema in allgemeinen Zügen zu behandeln.

Im Vergleich zu der inländischen Kaufkraft der deutschen Mark ist die ausländische Kaufkraft eine um das vielfach geringere; dementsprechend auch die inländische Kaufkraft der fremden Währung eine weit höhere, als im Heimatlande. Die Gründe liegen in der Ueberschwemmung des Auslandes mit deutscher Papiermark und in dem fehlenden Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaftskraft. Die Ueberschwemmung hat dreierlei Ursachen. Einmal ist das früher von uns besetzte Ausland durch unsere Truppen mit Millionen deutscher Mark überflutet worden. Allein in Belgien ist der Betrag an 6 Millionen zu schätzen. Zum anderen hat die Steuerzahler so zahlreicher Besitzender deutsche Werte ins Ausland gebracht, die dort zur Einwechslung in die fremde Währung zum Angebot kommen. Und schließlich ist unsere Einfuhr weit, weit größer als die Ausfuhr. Was wir mehr einführen, ist zumeist mit deutschem Papiergelde bezahlt worden. Das Notenangebot der deutschen Mark drückt ihren Kurs herunter, muß auf ihn drücken. So tief ist der Wert der deutschen Mark gesunken, daß am 14. Februar 1000 Mk. deutsche Kriegsanleihe für 26,8 Gulden in Holland gekauft werden konnte.

Die Unterbewertung der deutschen Mark führt zu dem beifolgenden Ausverkauf Deutschlands, den wir trotz der Verordnung vom 20. Dezember 1919 noch immer erleben. Es scheint, als ob diese Verordnung nicht mit der Entschiedenheit durchgeführt würde, wie es notwendig ist. Wir genügt diese Verordnung absolut nicht. Ich habe in meinem kürzlich durch die Presse gegangenen Artikel „Hungergewinne“ gefordert, daß die bei einer Anhebung der Preise für die dem Ausland verkauften Waren und Werte an die Auslandspreise zu erzielenden Konjunkturgewinne der Allgemeinheit zugute kommen sollen. Aber diese Konjunkturgewinne werden heute überhaupt noch nicht im vollen Umfange ausgenützt. Dem Ausland fliehen auf diese Weise hunderte und aberhunderte von Millionen Gewinnen zu.

Nun sagt man, dieser Ausverkauf Deutschlands würde mit einem Schläge aufhören, wenn die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angepaßt würden. Dann würden wir auch vom Ausland die ihm zu liefernden Rohstoffe, die wir heute auf Grund des Friedensvertrages nur nach den Inlandspreisen berechnen dürfen, mit viel, viel höherem Betrage bezahlt bekommen. Als zwei der bekanntesten Wortführer dieser Theorie seien der frühere Reichschatzminister Götthein und der Agrarier Köstke genannt. Ich will nicht bezweifeln, daß sie wirklich meinen, auf diesem Wege dem Lande am besten zu dienen. Aber dann muß auch gesagt werden, daß sie dem Lande ganz unerwünscht einen wahren Vorendienst erweisen. Nicht nur die Klagen, die sich auf das Gesicht seines Herrn gefestigt haben, erschling der Vär, mit der Klagen den schlafenden Herrn selbst. Wir würden im Innern zu Zuständen kommen, die einem Totschlag der deutschen Volkswirtschaft gleichkämen.

Aber nicht nur von volkswirtschaftlichen Waisensöhnen wird die Anpassung der Inlands- an die Auslandspreise gefordert, auch von solchen Leuten, die an sich schon die Wirkungen überschauen, jedoch durch die Riesengewinne, die ihnen bei einer Anpassung erwachsen würden, jeden volkswirtschaftlichen Uebelblick zu verlieren scheinen. Was würde die Wirkung einer Anpassung an die Weltmarktpreise sein? Wir brauchen nur zu belonen, daß heute auf dem Auslandsmarkt die Tonne Getreide nach unserem Gelde 9000—10 000 Mk. kostet. Natürlich würden die Inlandspreise auf diese Höhe steigen. Wir sehen, welche Preissteigerung die Freigabe des Hafers bewirkt hat. Und so würde es auf allen anderen Gebieten der Bedarfsdeckung auch sein.

Wie aber würde eine solche Preisrevolution im Innern wirken. Ja, glaubt man, daß sie eine andere Wirkung als eine Hungerrevolution zur Folge haben würde, die zwar dem Volk keine Besserung bringen würde, aber eine Verzerrung des Volkes in inneren blutigen Kämpfen und den restlosen Zusammenbruch unserer ganzen Volkswirtschaft. Man sagt, man müsse natürlich die Löhne den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung anpassen, dann wäre die Wirkung der Teuerung ausgeglichen. Selbst wenn die Preise und die Löhne im gleichen Tempo steigen würden, wäre für die Masse der Arbeiter nichts, gar nichts gebessert. Würden sie mehr Waren bekommen? Etwa aus dem Ausland? Womit sollten wir sie denn bezahlen? Wir haben ja nichts, womit es geschehen könnte. Wir blieben vor dem gleichen Problem, wie jetzt, stehen: Wie erhöhen wir unsere Produktion, um mehr Waren zum Verteilen und zur Bezahlung der aus dem Ausland nötigen Einfuhren zu erhalten?

Aber die Preise und Löhne steigen nicht im gleichen Tempo. Die Preise gehen voran und erst im breiten Abstand gingen die Löhne nach. Neue Streiks würden die Folge sein, neue schwere

Erfrühtungen unserer Wirtschaft. Und wie würde es mit den Beamten, mit denen, die von festen Gehältern leben, den unzähligen kleinen Rentnern, sein? Man braucht diese Fragen nur zu stellen, um sofort zu dem Ergebnis zu kommen, daß wir geradezu in den Strudel hinein gerissen würden. Freilich die Händler, die Produzenten, die Landwirte würden verdienen. Verdienen würde nicht nur groß geschrien werden, mit Statistiken würde es geschehen. Verdient würde auf Kosten der großen Massen, die ausgeblüht würden bis auf den letzten Rest. Nichts, absolut gar nichts würden sie von den höheren Preisen erhalten, die die flehentlichen Gegner zu zahlen hätten — vorausgesetzt, daß wir einen Rest von Wirtschaft feststellen, in der Kosten gefördert würden. Vorausgesetzt, daß wir nicht in inneren Kämpfen uns verzehren, und schließlich nur ein ausgebranntes Häuflein Asche übrig bliebe. Ich will ganz davon absehen, auszumalen, wie ungeheuerlich der Anstieg um 100% vermehrt werden müßte, wenn wirklich eine Anpassung der Preise an den Weltmarkt möglich wäre, wobei der Arbeiter ein Mindestgehalt und mehr erhalten müßte.

Solange wir in einer sprunghaften Bewegung des Marktwertes stehen, ist eine Anpassung an den Weltmarktpreis völlig unmöglich. Unmöglich gerade deshalb, weil jeder Versuch dazu ein weiteres Sinken des Auslandswertes der Mark zur Folge haben müßte. Erst wenn wir zu einem Beharrungsstand der Mark gekommen sind, können wir eine solche Anpassung vornehmen. Das wird auch dann nur ganz langsam erfolgen können; in Kaufman, wahrscheinlich erst in langem Jahren, wird es möglich sein. Bis dahin werden wir eine gebundene Wirtschaft nötig haben, die mit allen Mitteln durch Vermehrung der Produktion eine Niedrigstellung der Inlandspreise erstrebt.

Politische Uebersicht.

Die Preise für 1920.
Berlin, 1. März. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die am Samstagabend unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David Hanfstaengl, wurde eine Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 angenommen. Unter Verbeihaltung der öffentlichen Gewerkschaft soll darnach der an die heimischen Abnehmer zu zahlende Mindestpreis für die Tonne Weizen und dem Weizen gleichstehende Getreidearten mindestens 1400 M., für Roggen, Gerste und Hafer 1000 M. und für die Tonne Kartoffeln 500 M. betragen. Die Bekanntmachung der neuen Sätze soll noch vor der Frühjahrsbefellung erfolgen. Lediglich sollen diese Preise nach Beginn der Ernte noch eine Revision erfahren auch im Sinne einer eventuellen Steigerung, wenn sich der Umfang der Ernte einigermaßen übersehen läßt.

Gegen die Stimmen von Sachsen und Bremen wurde eine Verordnung über eine weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen.
Ueberausend auch für die meisten Reichsratsmitglieder vor der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes, der auch auf der Tagesordnung der Samstagtagung stand.

Gibt uns das tägliche Brot!
Der Deutsche Landarbeiterverband und der christliche Verband der Land- und Forstarbeiter erlassen einen Aufruf an die Landarbeiter, wegen der Not des Landes das ihrige zu tun, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Im Kohlenbergbau, in dem die Arbeiter sich zu Ueberforderungen bereit erklärt haben, könne nur gearbeitet werden, wenn Landarbeiter und Landarbeiterinnen das zum Leben nötige Brot schaffen. Der Aufruf fordert die Landarbeiter auf, notwendige Ueberstunden zu leisten. Dabei soll es sich nicht um eine Verlängerung der vertraglich festgesetzten Arbeitszeit handeln, sondern um Ueberstunden, für die ein entsprechender Lohnzuschlag gezahlt werde.

Tabak im Ueberfluß.
Die verrückten Wirtschaftszustände machen sich jetzt auch auf dem Tabakmarkt bemerkbar und Holland leidet am ersten darunter. In den holländischen Häfen lagern vielerlei Waren, die nicht abgesetzt werden können infolge der Valutaschwierigkeiten. Infolge Ueberfüllung der Speicher müssen Waren im Freien gelagert werden, darunter Tabak; die Witterung wirkt zerstörend. Aber immer neuer Tabak kommt hinzu. Infolgedessen sind die Tabakpreise gewaltig gesunken, bei den billigen Sorten unter die (allerdings bis auf das Doppelte gestiegenen)

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.
Nachdruck verboten.

Die Freunde. (Schluß.)

Also der alte Weidner war ein Bildhauer, ein Künstler? Und er hatte das selber entdeckt! Er, der Sir!
„Herr Weidner, dir ist ich mit ein bißel zuzuhauen“, hat er schüchtern.
„Meinetwegen, Bub, ich' dich auf die Kiste dort und verhalte dich ruhig!“
Der Alte ging an seine Werkbank, nahm ein blankes Eisen zur Hand und grub damit in das Holz hinein, daß seine Späne rieselten. Wo sie hatten blieben, da blieb er sie hinweg. Letzte Knirrschritte Weidner und Feile im Holz, keiner Holzstaub flimmerte golden in dem Streifen Sonne, der durch das Fenster fiel, hart an der Schmirgelmühle vorbei zog und die weißen Haar des alten Bildhauers streifte, daß sie wie gesponnenes Glas glänzten. Das alles sah der Bub und noch viel mehr. War auch ganz ruhig, so ruhig, wie er in der Kirche sein mußte, bis Kirrend ein Eisen zu Boden fiel. Da sprang er hinzu und hob es auf.
„Danke, Büllein, jetzt hören wir auf. Mein Garten hat Durst. Willst du mir gehen helfen?“
Ob der Sir wollte!
Während brannte die Sonne draußen herunter und in ihrem scharfen Blenden war der Zauber von drinnen gebrochen.
Jetzt war der Baubub in ihm wieder wach. Keuchend schleppte er die gefüllte Spritzlanne zum Gärtlein und der Alte goß soviel die Kräuter trinken mochten. Auf dem Wege zum Brunnen blies er einen dröhnenden Marsch ins Rohr der Kanne und schlug auf dem Boden derselben fünffingerig rasselnd den Takt dazu. Der alte Hof edote von der Lust dieses einzigen jungen Lebens aus allen Ecken nach.
Auch der Weidner im Gärtchen mußte davon angeleitet sein. Er begleitete den Marsch mit leiser Pfeifen. Viel leicht dachte er an seine eigene Bubenseit! In all das Con-

Bestehungsstellen. Holland vermag dem Ueberfluß keinen ausreichenden Absatz zu schaffen; es wird auch aus diesem Anlaß gedrängt, an der Regelung der deutschen Valuta mitzuarbeiten. Ein holländischer Bericht der „Frankfurter Zeitung“ sagt: „Belmug es die Valutaprobleme durch eine internationale Regelung zu überbrücken, so werden sich mit steigendem Absatz auch die Tabakpreise wieder auf eine lohnende Höhe erheben. Belmug es nicht, so ist eine starke Einschränkung des Weltabgabens unausweichlich und die Folgen der Abschließungen werden sich schon bald in der Weise fühlbar machen müssen, daß Gattungen beginn. Derkünde, die die Kosten der Veranschaffung nicht lohnen, im Herstellungslande vernichtet werden.“

Ein Witzchen vom wirtschaftlichen Witzwarr. Es wird sich immer mehr herausstellen, daß die ganze Welt interessiert ist an der Ordnung der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse besonders Deutschlands. Daß Tabak vernichtet wird, weil seine Veranschaffung unrentabel, während zugleich in Deutschland bloßsinnig hohe Preise verlangt und bezahlt werden, ist besonders reizvoll.

Königliche Hoheit Dankschilling.

Das Berliner Licht-Uhr-Abendblatt stellt fest, daß ein Sohn Wilhelm II., August Wilhelm, der in Straßburg den Doktor der Staatswissenschaften gemacht hat, wofür seine Examinatoren hohe Orden erhielten, ja der Judenversammlung haben sogar Exzellenz wurde, bei E. W. Krause u. Co., einem wichtigsten deutschen Bankgeschäft auf der Leipzigerstraße in Berlin, als Vorkontrollant tätig ist. Es kann also aus den Hohenzollern noch etwas werden!

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die am 24. Februar abgehaltene Sitzung des Ausschusses vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hat über die Wahlen zu den Betriebsräten gegen 3 Stimmen folgende Richtlinien aufgestellt:
1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angehörigen die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsräten (Betriebsräten, Betriebskomitees, Betriebsausschüssen, Arbeiter- und Arbeitgebervereinen und Gesamtarbeitsräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaften des A.D.G.B., ihre ganze Kraft auf die erstezeitige Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Forderung, diese Wahlen zu einer Wahlprobe politischer Parteistärke zu machen, ist für die Wirksamkeit der Betriebsräte, die eine rein praktisch-wirtschaftliche sein soll, und für die wichtigen Arbeiterinteressen höchst nachteilig und erübdend die Gewerkschaften, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Versammlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzuberufen. Bei Versammlungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedenen Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A.D.G.B. (Gewerkschaftsrat) getroffen. Derselbe vertritt sich mit den in Betracht kommenden Einzelgewerkschaften über die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Organisation, gibt die Druckförm heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, bilden die daselbst domizilierenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.
5. Bei besonders gelagerten Berufsverhältnissen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung durch diese Berufsständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenwirken mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A.D.G.B. notwendig. Wahlkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortsstellen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der auch unsere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlstimmigkeiten auszugleichen.

7. Für die Gewerkschaften des A.D.G.B. ist der größtmögliche Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen gesplittet wird.

Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses jeden Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongressbeschlüsse.

8. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.
9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A.D.G.B. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, eine der Afa angehörenden Organisation. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tätigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste diesen Grundätzen entsprechend aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem A.D.G.B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist jedoch, daß die Aufstellung der Kandidaten erfolge ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber genötigt wurden, wie sie sich zur Käteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Frage stellen.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Beitragserhebungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versehen.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes.
Durch vermehrte Kohlenzufuhr in der Woche vom 16. bis 22. Februar hat sich die Lage weiterhin gebessert, jedoch die Zahl der Erwerbslosen wieder um rund 340 vermindert werden konnte; sie beträgt nun noch 5724. Infolge der Kohlenzufuhr konnten auch wieder einige Betriebe die Arbeit aufnehmen, die bisher stillgelegen hatten, und weitere Einschränkungen konnten vermieden werden.

Die Metall- und Maschinenindustrie leidet unter dem Mangel an Facharbeitern, ebenso die Holzindustrie. Das Angebot ist hier gleich Null. Die Bekleidungs- und Metallgewerbeindustrie sind gut beschäftigt, dagegen weist das Pfeifen- und Tabakgewerbe immer noch eine große Anzahl Stellenrunder auf. Das Baugewerbe ist durch die günstige Witterung der letzten Zeit ebenfalls gut beschäftigt. Angebot und Nachfrage konnten hier bisher mit Ausnahme von Zimmerleuten, die allgemein fehlen, ausgeglichen werden.

Betriebsbeschränkungen und Schließungen wurden in der Berichtsperiode keine vorgenommen. Die Eisenbahn A. Nieder in Konstanz konnte ihren Betrieb mit 120 Arbeitern wieder aufnehmen, nachdem Kohlen zugeführt worden waren.

Für Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtsperiode 288 591 M., in der Vormode 257 753 M. verausgabt. Für Arbeitszeitverlängerung 200 800 M. Arbeitslosen wurden noch von 4234 Erwerbslosen ausgeführt, denen in der Vormode 4800 gegenüberstehen.

Die Kräfte gegen den Abstundentag des Pflegepersonals.

Die badische Kammer hielt vor wenigen Tagen eine Sitzung ab und befahte sich dabei neben einigen Ständesangelegenheiten mit dem abends 7 Uhr erfolgenden Apothekenstich. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Stich für Ärzte wie für Patienten erhebliche Nachteile bringe. Die Kammer nahm eine Entschließung an, in welcher die Regierung gebeten wird, die Dienstbereitschaft der Apotheken bis 8 Uhr abends auszuweiten. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, die Apotheken möchten bis zur gesetzlichen Regelung der Frage wieder bis 8 Uhr offen bleiben, wenigstens so lange als der erhöhte Krankenstand anhält. Weiter beauftragte sich die Kammer mit der achtstündigen Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals. In der Aussprache darüber wurde darauf hingewiesen, daß die Krankenanstalten suchen sollten, zelliges Pflegepersonal zu bekommen, auf das sich das Gesetz von der achtstündigen Arbeitszeit nicht erstreckt. Die Heidelberger Psychiatrische Klinik hat das bereits getan. In die bad. Regierung wurde eine Entschließung gerichtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit auf die Krankenanstalten keine Anwendung findet.

nenleuchten und Stubenlärmen hinein erscholl plötzlich die Mittagsglocke von Sankt Walburg.
„Jetzt muß ich aber heim, Herr Weidner! Darf ich wiederkommen?“

„Ja, Sir, so oft du Lust hast“, nickte der Alte.
Wie eine Kugel flog der Bub über die Mauer weg. Zu was sonst sind denn Mauern da, wenn man nicht hinaufklettern und auf der andern Seite herunterbringen soll?
Dabei erzählte der Sir nichts von seinem Abenteuer. Ein eigenwilliges schweiges Gesicht hielt ihn davon zurück. Über jeden Tag machte er dem Weidner seinen Besuch.
Was ich, geh' er den Garten, war er damit fertig oder es regnete, dann lag er stumm auf der Kiste und verfolgte jeden Zug und jedes Knirschen des Eisens im Holz. Sie und da piffte der Bildhauer ein Lied und der Sir piffte lustig mit. Tat eine Pause ein, dann holte der Weidner auch manchmal Bemerkungen und Bilder aus einer Kiste hervor, um sie dem Bub zu erklären. Da waren Männer und Frauen und Kinder darauf, die alle beinahe nackt gingen. Und von Göttern hörte er, von Menschen mit Bocksbeynen und Hörnern, von Männern, die unten Herde, von Frauen, Bub, der mit seinem Vater auf wackelgebenden Flügeln über's Meer flog und elend erlausen mußte, weil er nicht folgte. Gar oft wunderte sich der Sir, daß der Weidner so wenig aß, und immer nur Wasser trank. Er mußte einen schlechten Appetit haben. Deswegen war er wohl auch so blaß und schwach. Nur einige Male, nachdem die hölzernen Muttergottes fort war, da merkte er, daß Fleck im Ofen

Die Ferien gingen zu Ende und der Sir mußte wieder trotz vielem Seufzen in Strümpfen und Schuhen, den Schulranzen schleppen. Nur Mittwoch und Samstag nachmittags konnte er Besuch in der Bildhauerverkstelle machen. Jetzt mußte er doppelt ruhig sein. Der Alte trankte und wurde immer schwächer und stiller. Er schnitzte jetzt ein paar Engelsfiguren. Wenn sie auch keine Flügel hatten, der Bub mußte, daß es Engel waren: sahen sie doch auf einer Wolke und hatten nichts an.

Dann schnitzte der Weidner Köpfe und dann wieder Verzierungen. Aber alles blieb in der Stube hängen und kam nicht fort wie die Statue.
Und kalt war's in der Stube. Der Bub fror, wenn er still sah. Er war nachdenklich darauf, daß wohl kein Holz zum Brennen da sein müßte. Da schlich und kletterte er durch alle Räume des alten Vordergebäudes, rief da ein Brett weg und dort eine Latte, zerhackte alle Türen und Löcher mit der kleinen Art und stellte das Holz vor die Werkstellentür in den Hof. Der Alte sagte nie etwas. Wenn der Sir aber wieder kam, dann war das Holz fort. So ging es eine Zeitlang, bis Mitte Dezember hinein.

Um diese Zeit froh fälschend die Galsbräume durch die Stühle und bis ein paar Räden in die Bänke. Unter Bub hatte einige Tage leichtes Galtweb, sprach aber nicht davon, denn ein richtiger Bub klagt nicht um jedes Hals- oder Fingerringen, wie ein wehleidiger Mädel. Dienstag abend kam er glührot heim, klopperte mit den Händen und sprach irr. Nach packten sie ihn ins Bett und hielten den Arzt. Wochenlang rangen der Tod auf der einen, Arzt und Eltern auf der andern Seite um das Leben des Bubens. Und wie der Arzt siegte, und der Sir das erste Mal sprechen wollte, da fielte sich heraus, daß er stumm war. Vor einem halben Jahr brauche man nicht daran zu denken, daß er wieder sprechen könnte, meinte der Arzt. Es sei eine starke Stimmbandlähmung.
Der Bub sah im Hause herum, so schwach, daß er kaum allein gehen konnte, stumm, mit traurigen Augen und wackelnd.

Draußen lag dieer Schnee. Die Kälte war so grimmig, daß die Vögel auf der Strahe erfroren. Er mußte immerfort an den alten Bildhauer denken. Was der wohl glaubte, weil er nicht mehr kam? Was er jetzt schnitzte? Vielleicht einen Engel! Ob er nicht recht froh? Vielleicht hatte er kein Holz, und alte Leute frieren doch so leicht! Die Nase sah ständig hinter dem grünen Nadelzweig, und die war doch lange nicht so alt wie der Weidner. Der war schon über 70 Jahre. So grübelte er in einem fort.
Eines Mittags kam der Vater heim und der Bruder des Sir, der Franzl, erst nach ihm. Er wurde deshalb tüchtig

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 1. März.

Präsident Fehrenbach eröffnete 1.25 Uhr die Sitzung. Abg. Cohn (U.S.) bemerkte vor Eintritt in die Tagesordnung zur Geschäftsordnung, seine Partei werde im Laufe der Sitzung einen Antrag einbringen, die Verordnungen des Reichspräsidenten aufzuheben, die die Strafbestimmungen verschärfen, indem sie die Todesstrafe bei Brandstiftungen usw. einführt. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. Die Vorlage wird ohne Aussprache an den Verfassungsausschuss verwiesen. Hierauf wird die zweite Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes fortgesetzt.

Zu § 2 (persönliche Steuerpflicht) begründet Abg. Dr. Weiser-Gessen (D. L.) einen Antrag, der die Doppelbesteuerung des Einkommens aus ausländischem Grundbesitz verhindern will, sobald alaubhaft nachgewiesen wird, daß der Steuerpflichtige sich nicht seiner inländischen Steuerpflicht durch ausländischen Besitz hat entziehen wollen. Abg. Blund (Dem.): Der Antrag würde internationale Abmachungen erfordern. Von einem Regierungsvertreter wird erklärt, daß bei der Doppelbesteuerung weitestgehend Entgegenkommen geübt werden soll. Der Antrag Weiser wird abgelehnt und § 2 angenommen, ebenso die weiteren Paragraphen. Zu § 12 begründet

Abg. Wettlich (D. N.) einen Antrag, daß Gewinne aus Veräußerung von Grundstücken nicht steuerbar sein sollen, wenn diese Grundstücke innerhalb der letzten 5 Jahre erworben wurden (Vorlage 10 Jahre). Abg. Seeger (U.S.) wendet sich gegen die im § 12 enthaltene Bevorzugung der Reichswehr durch Steuerfreiheit ihrer Naturalbezüge. Unterstaatssekretär Wölke bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen, die Anträge aber abzulehnen. Bei der Abstimmung über den Antrag Wettlich bleibt das Resultat zweifelhaft, weil während der Stimmzählung noch Abgeordnete den Saal betreten.

Präsident Fehrenbach: Es ist ein Glanz, daß die Herren bei der Abstimmung nicht im Saale sind, sondern im Restaurant. (1) Der Dammelsprung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Für den Antrag Wettlich haben 87, dagegen 100 Abgeordnete gestimmt. Um 2 1/2 Uhr wird die nächste Sitzung auf 3 1/2 Uhr anberaumt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 55 Minuten. Er bemerkt: Vielleicht gelinge es den Herren Fraktionsführern, das Pflichtgefühl der Abgeordneten soweit zu stärken, daß im Laufe der Woche noch einmal ein beschlußfähiges Haus zusammenkomme.

Die Beratung wird fortgesetzt. § 12 wird in der Ausschussfassung angenommen, abgesehen von dem Antrag Wettlich, der zurückgestellt wird. Zu § 13 beantragt Abg. Wettlich (D. N.), daß vom Gesamtertrag der Einkünfte auch in Abzug zu bringen seien angemessene Zurückstellungen für Erneuerungen. Abg. Göttsch (Dem.) beantragt, daß auch in Abzug gebracht werden dürfen Beiträge zu politischen, wohltätigen und kulturfördernden Vereinigungen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Unterstaatssekretär Wölke spricht gegen beide Anträge. Der Antrag Göttsch wird bis zur dritten Lesung zurückgezogen. Abg. Dr. Weiser (D. N.) beantragt, daß Beiträge zu öffentlichen rechtlichen Berufsvertretungen usw. abziehbar sind. Abg. Dr. Reil (S. D.) begründet ebenfalls mehrere Abänderungsanträge.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge Reil und der Antrag Weiser, betr. die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, angenommen. Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Zu § 16 wird der Antrag Dr. Weiser angenommen, wonach das Einkommen des Haushaltsvorstandes und seiner minderjährigen Kinder zusammen gerechnet werden soll. Die §§ 19 und 20 werden gemeinsam beraten. Abg. Reil (S. D.) begründet einen Antrag Dr. Blund (Dem.) und Genossen, auf den sich die Reichsparteien und die Rechte geeinigt haben, wonach der zum steuerfreien Einkommen hinzuzurechnende Betrag sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen nicht 10 000 M übersteigt, um 200 M für die zweite und jede weitere zum Haushalt zählende Person erhöht, soweit die letztere das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Unterstaatssekretär Wölke: Der Antrag Blund sei mit einem neuen und einem früheren Auge zu begreifen, aber schließlich könne man doch darüber reden.

§ 19 wird mit dem Antrag Blund angenommen, § 20 in der Ausschussfassung. Angenommen wird ferner der Antrag Blund einen § 55a einzufügen, wonach im Hinblick an den Antrag Blund zu § 19 der § 14 des Umsatzsteuergesetzes aufgehoben wird. Morgen 1 Uhr Fortsetzung. Vorher Anfragen, nachher weitere Steuererlasse. Schluß 6 Uhr.

gescholten. Er sollte froh sein, wenn er in eine warme Stube käme und zu essen friegte. Erst heute nacht sei einer erstoren und verhungert zugleich. Dann wandte er sich zur Mutter. Du hast doch den alten Meidner gekannt? Er war Anno 48 Offizier bei den Freischaren. Von Beruf war er Bildhauer und ist viel in der Welt herumgekommen. Erst nach der Amnestie kam er von England wieder herüber zu uns ins Städtchen. Muß einmal ein tüchtiger Mensch gewesen sein. Hier und da erhielt er einen Auftrag, selten und noch dazu schlecht bezahlt. Allmonatlich schickte ihm jemand, man sagt ein alter Hundsdierziger, dem es gut geht, zehn Mark durch die Post. Da weiß man nicht, hat der im Leben mehr gehungert oder mehr gefressen. Und zum Betteln war der zu stolz. Heute morgen wollte ihm der Briefbote das Geld bringen. Da fand er ihn zum Skelett abgemagert und erstoren in seiner Stube!

Schließlich, daß solche Menschen auf so erbärmliche Weise umkommen müssen. Aber — hier verstummte er und es klang nur noch etwas, das sich wie eine unterdrückte Bittwendung anhörte. Schließlich stieß die Mutter einen lauten Schrei aus und sprang vom Stuhl auf. Der Sir hatte mit starren Augen zugehört. Jetzt fielen sie ihm zu und er schlug vom Stuhl herunter, hart auf den Boden hin. Man schaffte ihn zu Bette. Nachmals begann ein neues schweres Ringen um das Leben des Kindes. Und wieder mußte der Tod ohne das junge Leben abgeben. Aber er hatte es schwer ertragen. Bis ans Fingerringel hinan blieb der Bub bleich und still. Selten sah man ihn lachen. Bis ans Körper und Sinn die Spuren jener Zeit verwichen waren. Damit erst lebte er wieder auf.

Die Erziehungsergebnisse des politischen Radikalismus.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Mannh. Volksstimme“: Diese Erkenntnis ist bitter. Sie läßt uns wissen, daß unsere Aufklärungsarbeit nicht in die Tiefe gedrungen, sondern nur zu einem Auftrieb geworden ist, unter dem die Kleinbürgerliche Kurzsichtigkeit weiter das Tun der Arbeiterpartei bestimmt. Wir sind schon der Meinung, daß es gescheiter wäre, statt die Erziehung von Arbeiterräten zu propagieren, einen gewissen Teil der Arbeiter die Grundbegriffe eines sozialistisch fühlenden und denkenden Proleten beizubringen, dann könnten sie nicht zu Bundesgenossen der abgeschimten Demagogen werden. Nicht durch die Verhimmelung der Masse werden wir vorwärts kommen, sondern nur, wenn wir ihr unerbittlich die Wahrheit sagen. Wir sind der Überzeugung, daß die sozialistischen Ideen Gemeingut der Masse werden müssen. Deshalb können uns auch solche Enttäuschungen nicht entmutigen. Wir haben den Kampf nicht nur gegen das Bürgertum, sondern mehr als bisher gegen den Unverstand in den eigenen Reihen zu führen. Bezeichnenderweise nennt das gleichfalls bolschewistische Züricher „Volksrecht“ dieses vernichtende Urteil seiner Basler Kollegen über die politische Qualifikation der dortigen Arbeiterpartei „sehr gutreffend“, womit es das Urteil natürlich auch auf die Parteigenossenchaft des Kantons Zürich ausdehnt, die das Frauenwahlrecht mit noch größerer Mehrheit verwarf als die von Basel. Wir aber fragen: sind das die Früchte der politischen Erziehung der schweizerischen Arbeiterpartei durch die extrem radikalen Methoden der Klatten, Nobs, Grimm und Konforten? Und kann man mit einem gewissen von der deutschen Sozialdemokratie die Nachahmung von Agitationsmethoden verlangen, deren Vertreter selbst zugestehen müssen, daß sie im gegebenen Falle das Proletariat wohl zur „Ergratierung von Lohnerschöpfung und Arbeitszeitverfälschungen“ befähigen, sich aber gänzlich unfähig erweisen, ihm das Verständnis für die großen sittlichen und ethischen Werte des Sozialismus beizubringen? Der 8. Februar 1920 bedeutete den völligen moralischen Zusammenbruch des Radikalismus der offiziellen schweizerischen Sozialdemokratie und damit ein warnendes und zugleich abschreckendes Beispiel für die deutsche Partei.

Die deutschen „Sozialverräter“ haben die politische Gleichberechtigung der Frau bereits fest in den Verfassungen von Ländern und Reich verankert; die einzig wahren „Marxisten“ des schweizerischen Parteiradikalismus aber haben ihr durch hohles Demagogentum und blinde Draufgänger auf lange Jahre hinaus die Wege verarmt und den revolutionären Elan der Massen durch diesen vernichtenden Mißerfolg auf gefährlichste geschwächt. Das Beispiel des Basler und Züricher Frauenwahlrechts hat der Arbeiterpartei gezeigt, wie sie es nicht machen soll; und für den Streit um die sozialistischen Kampfmethoden in Deutschland wird man hoffentlich seine Lehren daraus ziehen.

Wir sind vom Resultat der Abstimmung tief bestürzt, weil es von der Klassenbewußtheit der Arbeiterpartei herbeiführt worden ist. Wir streiten uns über den Weg, der zum Sozialismus führen soll, während ein großer Teil der organisierten Arbeiter seine elementare Grundlage, die Gerechtigkeit, verwirrt. Man will neue Organisationsformen schaffen, die zum Kampfe um den Sozialismus geeigneter sein sollen, und muß erkennen, daß einseitigen die allerwichtigsten Voraussetzungen zu seinem Siege fehlen: die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Solange der Arbeiter in der Frau nicht den Kampfgefährten erkennt, sondern sie als ihm untertanem Wesen betrachtet, ist er einfach unfähig, die sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Badische Politik.

Kartoffel- und Getreideverarbeitung zu Schnaps.

Am landwirtschaftlichen Wochenblatt, dem Organ des Badischen landw. Vereins, und der Badischen Landwirtschaftskammer, findet sich in den letzten Nummern folgende Anzeige:

Achtung! Kleinbrenner!

Mein Verfahren für Kartoffel- und Getreideverarbeitung garantiert höchste Ausbeute und größte Ausnutzung des Materials. 1 hennner Kartoffel gibt 12-15 Liter 33% Branntwein. Versand-Anleitung zu M. 20.- per Nachnahme. Brennmeister Gg. Weber, Ulphö, Post-Verstadt, Oberhausen.

Das eine derartige Anfründigung in einem öffentlichen Blatte in den heutigen Tagen überhaupt möglich ist, gibt zu denken. Die Regierung nimmt offensichtlich Anstoß, diesen Geschäftsmann Weber das Handwerk zu legen. Das Landwirtschaftsblatt, die den Anzeigentitel des landw. Wochenblattes selbst bearbeitet, ein paar Mark Interzessenabnahme, die Landwirte dazu animiert, unter tägliches Prot und die jetzt so notwendigen Kartoffeln zu frucht zu verbrennen. Nach solchen Proben von Moral müssen wir der Landwirtschaftskammer doch schon das Recht absprechen, sich bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit als gemeinnütziges Institut hinzustellen, das angeblich im Interesse des Volksganzen arbeitet. Ein bloßes Versehen untergeordneter Organe kann kaum in Betracht kommen, denn die Herren Direktoren und das väterdunkel Landwirtschaftslehrer bei der Landwirtschaftskammer lesen doch auch das eigene Organ und wenn es sich tatsächlich um ein solches Versehen gehandelt hätte, so wäre die Anzeige kaum wiederholt erschienen.

Badische Sicherheitspolizei.

Die Aufgabe der badischen Sicherheitspolizei, mit deren Aufstellung das Ministerium des Innern begonnen hat, wird es sein, neben der Gendarmarie und der Staats- und Gemeindepolizei für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu sorgen. Bei der Sicherheitspolizei werden Offiziere und Unteroffiziere, Offiziere und Unteroffiziere des Beurteilungsfreies, Gefreite und Mannschaften, auch Angehörige, sofern sie sich besonders eignen, eingestellt. Namentlich besteht Bedarf an Sandwebern und Leuten mit Spezialwaffenausbildung. Die einzustellenden Leute sollen 22-30 Jahre alt sein. Polizei (-Neld) dienstfähigkeit und mindestens einjährige Fronterfahrung besitzen. In erster Linie finden geborene Badener Aufnahme; vertriebene Eisatz-Lotzfringer werden besonders berücksichtigt.

Die in Mannheim und Schwetzingen (später auch in Heidelberg), Karlsruhe, Freiburg und Müllheim zu bildenden Abteilungen führen folgende Dienstgrade: Hauptwachmeister, Zugwachmeister, Wachmeister, Mottenmeister, Streifenmeister und Sicherheitsmann, deren Entlohnung sich bei dem Sicherheitsmann auf 7.50 M., dem Streifenmeister auf 9 M., dem Mottenmeister auf 9.50 M., dem Wachmeister, Zugwachmeister und Hauptwachmeister auf 11 bis 13 M. beläuft. Verheiratete erhalten dazu 1.65 M. und für jedes Kind 1 M. für den Tag als Familien- und Kinderzuschuß. Die Entlohnung wird sich im allgemeinen an die Reichswehrverordnung anlehnen. Den Eingestellten wird freie Verpflegung, Unterkunft, Bekleidung und ärztliche Behandlung gewährt.

Die Angehörigen der Sicherheitspolizei werden nach einem Probejahr Beamte unter besonderen Bedingungen. Für den Fall einer während des Probejahres im Dienst zugezogenen Krankheit, Verwundung oder Verabstimmung ist ein Anspruch auf Ruhegehalt bezw. Unfallrente und Hinterbliebenenversorgung in Aussicht genommen. Wegen Übernahme der Beamten nach 12jähriger Dienstzeit in andere Stellen des Staatsdienstes werden nach Bestimmungen ausgearbeitet.

Es ist im Interesse der Gewährleistung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung in unserem Staate sehr zu wünschen, daß der Be-

darf der Sicherheitspolizei durch Meldung geeigneter Leute bald gedeckt wird. Um Gelegenheit zu geben, alles Nähere in Erfahrung zu bringen, sind besondere Auskunftsstellen in Karlsruhe (Schloßwache), Mannheim (L. Schule), Schwetzingen (Dragonerkaserne), Freiburg (Karlskaserne) und Müllheim (Jugartillerieskaserne) geschaffen worden.

Demokratische Auflösung. Aus Bretten wird uns berichtet: Die Brettener Demokratie ist in Auflösung begriffen. Nach der kürzlich hier abgehaltenen Versammlung der deutschen Volkspartei berief der Demokratische Verein seine Mitglieder zusammen, um zu den dortigen Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Gleich bei Beginn der Versammlung kam es zu Meinungsverschiedenheiten, worauf Dr. Gerber den Vorsitz niederlegte und mit seinen Anhängern den Saal verließ. Daß den alten nationalliberalen Herren in der demokratischen Partei nicht recht wohl war, wußte man schon lange. Es wird nun von Interesse sein, zu beobachten, wie sich die einzelnen Mitglieder der demokratischen Fraktionen des Gemeinderats und des Bürgerausschusses verhalten werden, ob sie „Demokraten“ bleiben oder sonstwo Anschluss suchen. So wie die Situation hier liegt, wäre es am besten, wenn die Leute, die schon weit links stehen, denen es schon innerhalb der Demokratie wegen ihres schwankenden Charakters nicht recht wohl gewesen ist, einen Ruck weiter nach links machen würden und auch äußerlich sich zu der Sozialdemokratie bekennen würden, das gäbe dann ein klares Bild in die hiesigen Parteiverhältnisse: hier links, hier rechts!

Gemeindepolitik.

Sozialdemokratische Gemeindekonferenz.

Grab, 1. März. Die gestern hier stattgefundene Versammlung von sozialdemokratischen Getreidearbeitern aus den Dörfern Graben, Hochstetten, Niedolsheim, Linkeheim und Ruheheim war aus allen Orten gut besucht. Genosse Landtagsabg. Weller-Mastalt hatte das Referat übernommen und entlegte sich seiner Aufgabe in sachdienlicher Weise; mit klaren Worten streifte er alle wichtigen Fragen einer sozialistischen Weite erfüllten Gemeindepolitik. Die Aussprache war sehr lebhaft; vor allem wurde die Frage der Zwangswirtschaft abgeprochen und darunter besonders die Freigabe des Tabaks. Man forderte besonders eine Beschränkung des willkürlichen Tabakanbaues zugunsten lebensnotwendiger Produkte; dann könne man auch einer Freigabe des Tabaks näher treten. Eine von den Vertretern der Gemeinde Niedolsheim eingebrachte Resolution: „Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen die Bestrebungen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft lebensnotwendiger Produkte und ersucht die Landtagsfraktion, sie in diesem Protest zu unterstützen“, wurde einstimmig angenommen. Nach nahezu vierstündiger Dauer wurde die Versammlung vom Leiter, Gen. Gemeinderat G. Graben, geschlossen. Eine zweite Gemeindevertreterversammlung soll recht bald wieder einberufen werden und in Niedolsheim stattfinden.

Freiburg, 29. Febr. Die süddeutsche Holzverkäufergenossenschaft m. B. S. Freiburg protestiert in einem Schreiben an den Stadtrat gegen die geplante Errichtung eines städt. Sägewerks. In der Zukunft wird die Notwendigkeit einer solchen Gründung bestritten, von der die Beschwerdeführer eine ernsthafte wirtschaftliche Schädigung der einheimischen Sägenindustrie befürchten. — Der Schwabenbund und die Schwäbisch-Badischen Frauenvereine in Chicago haben der Stadt 4000 M., die bei einer Festlichkeit in Chicago gesammelt wurden, zur Unterstützung Bedürftiger übermitteln. — Die Städte Freiburg und Emmendingen haben ein Abkommen getroffen, wonach die in den genannten drei Städten ausgegebenen Katsgeldscheine zu 50 % gegenseitig in Zahlung genommen werden.

Aus der Partei.

Diese Woche vollendet der ehemalige langjährige Landtags- und Reichstagsabgeordnete Genosse Georg v. Bollmar das 70. Lebensjahr. Dem bayerischen Landtag gehörte er von 1893 bis 1918 an. Noch länger war er Reichstagsabgeordneter, nämlich von 1881 bis 1887 und von 1889 bis 1918. Der Wahlkampf um seine Nachfolge hat bekanntlich zu den Kandidaturen Auer und Eisners geführt.

Das Genosse Bollmar in den langen Jahrzehnten eines eifrigen Wirkens für die Befreiung der Arbeiterklasse geleistet hat, wird einst in den Geschichtsbüchern der Partei seinen großen Platz einnehmen. Seine Leistungen beschränken sich nicht auf die parlamentarische Tätigkeit allein, schon lange vor seinem Eintritt in Reichstag und Landtag nahm er die Stelle eines der hervorragendsten Parteiführer ein, er hat auch Verfolgungen in reichem Maße über sich ergehen lassen müssen. Seit Jahren war er nicht mehr in der Lage, in den politischen Kämpfen das Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale zu werfen, weil die schwere Krankheit, die er sich im Feldzuge 1870/71 zugezogen, ihn zwang, in Zurückgezogenheit zu leben.

Gewerkschaftliches.

Landeskonferenz aller gewerkschaftlichen Angestellten in Baden! Am 24. und 25. Februar tagte in Karlsruhe eine Landeskonferenz der Angestellten. Vertreter von sämtlichen Berufsorganisationen aller Städte Badens waren anwesend. Als Ergebnis der Verhandlungen ist zu verzeichnen, daß der einmütige Beschluß zustande kam, sofort mit den Wirtschaftsorganisationen von Baden über den neuen Lohn-tarif, welcher feste Bezahlung vorsieht, zu verhandeln.

Aus dem Lande.

• Helmheim bei Bruchsal, 2. März. Der Wagenabflößer Josef Jung wurde von einer Lokomotive erfaßt, überfahren und vollständig zermalmt. Der Verunglückte hinterläßt fünf unversorgte Kinder.

• Donaueschingen, 1. März. Die Geliebte des ehemaligen Kassenbeamten von Donaueschingen Erb. Marie Senger geb. Meier wurde von der Strafkammer wegen Diebstahl zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Senger war eine Kochkammerin und hatte sich von Erb. Hofmeister und Brillanten im Werte von 80 000 Mark laufen und etwa 60 000 Mark denken lassen.

• Rabe, 1. März. Als französischer Kontrolloffizier trat hier seit Wochen ein 25-jähriger Elektrotechniker auf. Durch gefälschte Ausweise und Dokumente wußte er die Behörden zu täuschen. Wegen entsprechendes Entgelt stellte er an fremde Personen, namentlich Flüchtlinge, Pässe nach dem Elsaß aus. Die Polizei verhaftete nun den Schwindler. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Deserteur handelt, der eine zeitlang im feindlichen Spionagedienst gestanden hat und auch in Berlin schon als französischer Kontrolloffizier aufgetreten ist.

Gegen den Alkohol. Der bad. Landesverband gegen den Alkoholismus beabsichtigt, in nächster Zeit unter der Schirmherrschaft eine großartige Aufklärungsarbeit im Sinne völliger Entschärfung, mindestens bis zur Schulentlassung, zu veranstalten.

Gendarmenwünsche. Aus Gendarmereikreisen wird uns geschrieben: Nach Zeitungsnotizen erscheint in dem jetzt zur Beratung stehenden Nachtragsetat für die Jahre 1918 und 1919 eine Position von etwas über 300 000 M als Ersatz der Ausgaben für die an Mannschaften der Polizei und der Gendarmerie abgegebenen Stiefel. Diese Anforderung erweist allzusehr die Verminderung der Gendarmereibeamten. Es sind wohl während der Kriegsjahre einigemale Stiefel durch Vermittlung des Korpskommandos an die Gendarmen abgegeben worden, aber dieselben mußten stets voll bezahlt werden. Die letzten, im Februar 1918 gelieferten Stiefel haben 33,50 M, die Schnitzschuhe etwas weniger gekostet. Das war doch gewiß der Preis, den die Militärverwaltung dafür verlangt hat und die Staatsverwaltung dürfte nichts zur Verbilligung beigetragen haben. Kundige Kameraden, die zu der Zeit noch aktiv gedient haben, wissen sogar zu berichten, daß der Selbstkostenpreis nur 16 M betrug und daß sie — die Unteroffiziere — die Stiefel zu diesem Preise gekauft haben. Auch an das Personal der Eisenbahnen, Postämter usw. ist Schuhwerk geliefert worden. — Unangenehm ist auch aufgefallen, daß die Druckerei des „Mannschaffen“ der Gendarmereie spricht. Diese Bezeichnung ist auf Wunsch der Gendarmen durch „Beamte“ ersetzt worden und es sollte erwartet werden können, daß man in amtlichen Schriftstücken das nicht immer wieder vergißt.

Eine Demonstrationsversammlung.

r. Kallatt, 1. März. Heute nachmittag 4 Uhr fand vor dem Rathaus eine große Massenversammlung statt, die vom Gewerkschaftsrat einberufen war, um gegen die ganz unbillige Brotverlängerung Protest zu erheben. Kollege H. Kallatt gab die Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft vom Balkon des Rathauses aus bekannt und begründete die Forderungen eingehend. Eine Resolution, die an das Ministerium des Innern abgefaßt wurde, wurde einstimmig angenommen. Daraufhin begab sich eine Abordnung des Gewerkschaftsrates zum Herrn Bürgermeister Kallatt und über-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

„Liebele“, Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Unterhohft kommt oft. Entzänkungen im Personal bedingten Änderungen im Spielplan; als Ländchen wurde und dieser Schnitzler in der Fassung für die Kleinstädte rasch serviert. Ein Stück Improvisieren gehört ja zu jedem Theater, und man läßt es sich gefallen, wenn es nicht Regel wird. Ein Kulturtheater muß auf Auswahl und Vorbereitung der Schauspiele mindestens, allermindestens ebendieselbe Sorgfalt verwenden, wie auf die Oper. Es will uns scheinen, als wäre es hier nötig, den Unterschied im sittlichen und erzieherischen Wert der beiden Kunstgattungen in Erinnerung zu bringen. Keinesfalls darf sich das Schauspiel vom Opernbetrieb an die Wand drücken lassen; die Herrschaften, die es angeht, mögen sich das merken. Den improvisatorischen Charakter der „Liebele“-Aufführung verriet auch der Umstand, daß der Regisseur auf dem offiziellen Theaterzettel seinen Namen schamhaft verschwiegen, sowie daß der Schluß der Vorstellung auf reichlich eine halbe Stunde später angelegt war. Man sieht, es läßt etwas nicht. Wenn trotzdem eine recht passable Aufführung zustande kam, so war es das Werk der Künstler, die ihr Bestes gaben. Ihre Leistungen stehen freilich unter dem Schatten des Vergleichs mit Pufferbesetzungen, die man da und dort in diesem ein- bis zwei gespielten Werk gesehen hat. Immerhin darf man behaupten, daß die Herren Gernold, Schönfeld, Bürker bestens am Platze waren. Die Misi Schläger des 1. Porsmanns zeichnete sich durch fabelhaft edle Überflüssigkeit und fittcherhaftes Gebaren aus, während Al. Holm die tragischen Mysterien ihrer Rolle (Christine) durch Ausbau nach der Gefühlseite überraschend gut zur Geltung brachte. Das Haus wies wieder guten Besuch auf, aber eines beginnt

reichte ihm bestimmte Forderungen, die von Kollegen Kallatt eingehend begründet wurden. Bürgermeister Kallatt gab auf stürmisches Drängen der Massen vom Balkon des Rathauses aus an die circa 2500—3000köpfige Menschenmenge die Erklärung ab, daß er alles tun werde, um die Brotverlängerung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Forderungen werden heute in der Gemeinderatssitzung Gegenstand eingehender Beratung sein. Nach Zusage von Herrn Bürgermeister dürfte in den allerersten Tagen die Brotration wieder auf 160 Gramm pro Kopf heraufgesetzt werden, und zwar nur so lange, bis von Seiten der Reichsbrotstelle das volle Quantum Mehl geliefert wird. Es muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die Verteilungsstelle ihre bürokratischen Schikanen der Bevölkerung von Karstadt gegenüber fallen läßt. Die Veranlassung nahm einen eindrucksvollen Verlauf und dürfte gezeigt haben, daß sich die Arbeiterschaft auf die Dauer nicht alles bieten läßt. Getadelt muß werden, daß sich einige Draufgänger, die man sonst bei anderen Gelegenheiten nicht zu sehen bekommt, glaubten, sich ganz besonders hervor tun zu müssen. Sie ließen sich aber erfreulicherweise zur Vernunft bringen, so daß die Veranstaltung ohne weitere Zwischenfälle verlief.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 2. März.

Aus der Stadtratsitzung.

Beitrag an den Verkehrsverein. Der Verkehrsverein Karlsruhe, G. R., sucht darum nach, daß der bisherige ordentliche Jahresbeitrag der Stadt an den Verein von 5000 M auf 10000 M, der außerordentliche von 2500 M auf 5000 M erhöht werde, da er infolge der allgemeinen Preissteigerungen mit seinen Mitteln nicht mehr auskomme und in seiner Werbetätigkeit stark beeinträchtigt sei. Der Stadtrat beschließt, dem Gesuch zu entsprechen.

Stellenbesetzungen. Die durch die Zurücksetzung des feilherigen Inhabers auf 1. April ds. J. erledigte Stelle des Stadtrechners (Vorstand der Stadtkasse) wird dem Stadtratsrat Fritz Ankenbrand, die Stelle des Stadtkasseninspektors (2. Beamten des städt. Gartenamts) dem Techn. Hilfsbeamten Albert Wenzel-Franfurt übertragen.

Beiträge an den Kaninchenzuchtverein. Dem Verein zur Förderung der Kaninchenzucht Karlsruhe wird als Zuschuß zu den Kosten einer am 6. und 7. März ds. J. stattfindenden Kaninchen-Ausstellung ein Beitrag aus der Stadtkasse bewilligt. Münftig werden derartige Beiträge wegen der weitgehenden Folgen und im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage der Stadt nicht mehr bewilligt.

Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei.

Heute abend 8 Uhr spricht im großen Rathssaal Herr Architekt Dr. Waldenraie über

Die alte Baukunst in Karlsruhe.

mit Lichtbildern. — Eintritt 1 Mark.

Internationaler Eisenbahnverkehr über Karlsruhe.

Wegen Wiedereinbeziehung Karlsruhe in den internationalen Eisenbahn-Verkehr hat der Verkehrsverein eine Eingabe an die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen gerichtet. Darin wird die Eisenbahn-Verwaltung ersucht, den wieder aufzunehmenden durchgehenden Personenverkehr durch Süddeutschland zu leiten und die geplante Führung eines Zugzugs-Bundes Karlsruhe—Wiesbaden—Frankfurt—Karlsruhe—Heilbronn—Künzberg—Brag—Waldau zu fordern, damit Baden und Karlsruhe nicht etwa umfahren werden. Weiter wird gewünscht, auch das Wiedererleben der bis vor dem Kriege durchgeführten Orient-Verbindung Paris—Wien über Karlsruhe zu begünstigen. Der Stadtrat hat diese Wünsche bei der Badischen Eisenbahn-Verwaltung unterstügt.

Einführung in das Verständnis von Kunst und Kunstgewerbe.

H. Herr Prof. A. Segmüller-Förzheim hielt am Donnerstag im Rathssaal seinen 2. Vortrag des Zykklus über obiges Thema. Der Redner erweiterte und vertiefte seine im ersten Vortrag gezogenen Grundlinien. Seinem schlichten Vortrag merkte man das Bemühen an, wahre Kunst und echtes Kunstempfinden wieder im Volke hohenzündig zu machen. Keine geschraubten Sätze und hyperkünstlerischen Phantasieren. Mit den einfachsten Worten und Formen suchte er den Hörern das Wesen der Kunst zu erläutern, die immer in enger Wechselbeziehung zur Kultur und Ethik besonders der klassischen Welt gestanden habe. Heute habe die Kunst jede Verbindung mit dem Volke verloren, während die Kunst früherer Jahrhunderte im Volke bezaubert war. Unsere heutige Zeit von 1870 an könne nicht als Kulturperiode angesehen werden, weil sie es zu keiner eigentlichen Kunstströmung, zu keinem Stil gebracht habe. Von einer kulturlosen Zeit zu reden, dürfte zu weit gegriffen sein, denn die gewaltigen technischen und geistigen Errungenschaften müssen doch auch als Kultur bezeichnet werden. (D. V.) Trotz hoher künstlerischer Einzelleistungen

und aufzufallen, gerade in den letzten Jahren: die Vertretung der Schulung von 8 bis 16 Jahren. Man sieht fernlich, daß manche Eltern mit den vielen freien oder erzwungenen Vorträgen nicht wissen, wozu und wann die Kinder die Stühle abheben sollen. Früher unterschied man noch zwischen passendem und unpassenden Stücken; die letzteren durften der Kennlinie erst nach dem Maximum, der Passfähigkeit nach der Längsrichtung besessen. Heute scheint es anders zu sein. Ich weiß nicht, wie die Mehrzahl meiner verehrten Zeitgenossen über diesen Punkt denkt. Man muß verständig sein mit solchen Bemerkungen, will man nicht in den Geruch des Nidererums geraten. Die Revolution hat zwar viele Geister aufgehoben, aber nicht die des guten Tons.

In der „Kaubersüte“ am Sonntag hatte Helmut Reugebauer abgesetzt; an seiner Stelle sang August Oberberger aus Darmstadt den Tannino. Er ist kein Mozartfänger, fast kein Kenner; denn die Stimme besitzt eine ausgesprochen baritonale Färbung, berührt aber mit dem Einschlag ins Helldische recht sympathisch. Edith Sajik war wieder eine prächtige Pamina; es ist erstaunlich, wie diese ausgezeichnete Wagnerfängerin einen Mozart zu singen versteht. Marie von Ernitz-Rönnigk der Nacht erging sich wieder mit fast gänzlich unbeeinträchtigter Leichtigkeit auf den höchsten Höhen ihrer seltenen Solostimmführung. Karl Giejen's hohe, hell- und würdevollere Sarrasto scheint mit seiner melodischen Gesangs-führung der Persönlichkeit des Künstlers besonders nahe zu liegen. Rudolf Wally-Wotta entzückte besonders durch sein lebendiges Spiel wie seine Partnerin Nellie Schläger durch ihre reizenden Stimmittel. Einen feingebildeten Kenner, den Bentur Singer, gab es noch zu hören, die gute Entwicklung verpricht. — Das unterbühliche Werk kam unter der feinen abtönenden Leitung von Fritz Cortolozis zu eindrucksvollsten Entfaltungen. Das fast ausverkaufte Haus zeigte sich recht beifalls-freudig.

habe die Kunst der Zeit kein Gebräuge zu geben vermocht. Kunst und Seele bezeichnen der Redner als Grundelemente künstlerischen Schaffens. Der Zweck des Gegenstandes dürfte durch künstlerische Gestaltung nicht bewirkt, sondern müsse veredelt und lebendig werden. Den Naturalismus lehnt der Vortragende ab. Die Natur sei auf chemischem Wege, wie Farbenphotographie, erschaffenlich nachzuahmen, der Künstler müsse also etwas Subjektives geben. Für die jetzige materialarme Zeit stellt Prof. Segmüller die Forderung der höchstmöglichen Veredlung des Stoffes auf. Das Material sei für uns zu wertvoll, als daß wir es an Nichts verschwenden könnten. Indem wir der Verarbeitung des Materials die höchste künstlerische Note gäben, könnten wir unsere Ausfuhrwerte erheblich steigern und dadurch unsere wirtschaftliche Lage bessern. Um dieses Ziel am besten zu erreichen, müsse der Künstler mehr Einfluß auf den Geschmack der breiten Volksschichten zu gewinnen suchen. — Der Vortrag wurde durch instruktive Lichtbilder belebt.

Die Frau in der Politik.

Ueber dieses Thema spricht am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im „Elefanten“ Frau Rechtsanwält Dr. Trautwein, Stadtverordnete aus Forzheim

Oeffentlichen Versammlung.

Frauen, Mädchen, erscheint zahlreich!

1. Kriegsgefangenenheimkehr. In den letzten Tagen kamen zahlreiche Heimkehrertransporte durch Karlsruhe. An ihrer Begrüßung beteiligten sich die Eingehöre der Pestalozzi-, der Löhler- und der Tullaschule sowie die städt. Schülertafel. Welche Wirkungen die Darbietungen unserer Schule ausübten, ergibt sich aus zahlreichen Karten, die an die Schülertafel, die Eingehöre und die Kriegsgefangenenheimkehr kommen und mit denen einzelne Heimkehrer ihren Dank über den bezüglichen Empfang durch die Bevölkerung Karlsruhe ausdrückten. Am gestrigen Sonntag kamen 2 Transporte hier durch. Der erste wurde vom roten Kreuz und der Kriegsgefangenenheimkehr begrüßt. Während des Aufenthaltes konzentrierten der Musikverein Karlsruhe unter Leitung des Herrn Leonhard. Beim zweiten Transport mußte ein Empfang unterbleiben, da er schwererkrankte führte.

2. Neue Anleihe. Ein Teil des bisher zum Betrieb der städt. Vorratslage verwendeten Anlehens Stöberstraße Nr. 10 hat die Firma Otto Krumm, A.G. in Stuttgart, zum Betrieb einer Nahrungs- und Futtermittelfabrik zunächst auf drei Jahre gemietet.

3. Straßenbahnführung nach dem Stadtteil Vetzheim. Der Stadtrat hat beschlossen, die Wiedereröffnung der elektrischen Straßenbahn nach dem Stadtteil Vetzheim bis zur Maria-Alexandrastraße baldigt zur Durchführung zu bringen. Die Bahn soll zunächst einseitig ausgeführt werden, weil für zwei Gleise die Baustoffe z. Bt. noch nicht vorhanden sind.

4. Volkstheaterabend des Arbeiterbildungsvereins. Zu ihrem 1. Volkstheaterabend hatten die Jugendgruppen des Vereins die erwachsenen Schüler einiger Schulen auf Donnerstag abend eingeladen. Der Besuch war so stark, daß viele keinen Einlaß mehr finden konnten. Im Mittelpunkt stand ein sehr beifällig aufgenommenen Vortrag des Herrn Lehrers Chr. Herle über unser deutsches Volkslied. In leichtfälliger Weise sprach er über Geschichte, Wesen und Entwicklung des Volksliedes. Einen farbenreichen, aufwendigen Vortrag des Volkstheaters brachte Fräulein Erila Hofmeister mit jener Einfachheit des Vortrages, der warmen Innigkeit des Empfindens, die diesen Lieber erst den letzten, tiefsten Reiz geben. Umrahmt wurde der anregende Abend von 2. und 3. Stimmigen mit beachtenswerter Reinheit vortragenden Gesängen der obersten Singklasse der Tullaschule (Mädchenabteilung) unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Otto Weinreuter.

5. Kernt Stenographie! Die heutige Zeit mit ihren hohen Anforderungen verlangt, daß auch die Arbeiterschaft auf geistigen Gebieten auf ein höheres Niveau emporsteigt. Dazu gehört auch die Erlernung einer Kurzschrift. Hier bietet der Arbeiterbildungsverein der Arbeiterschaft Gelegenheit, die bewährte deutsche Volksschrift, Schemmle'sche, zu erlernen. Morgen abend 7 Uhr beginnt in der „Palme“, Lessingstraße, ein Anfängerkurs, worauf hiermit nochmals aufmerksam gemacht sei. (Wäheres siehe Inserat.)

6. Ein Einbruch in die St. Stephanskirche wurde in der Nacht auf Montag verübt. Die Einbrecher stiegen offenbar durch ein Oberfenster der rechten Seitentür ein und machten sich dann an den Tabernakel, an dem sie eine Leuchte festpflanzten. Die Öffnung gelang ihnen jedoch nicht; anstehend wurden sie in ihrem Geschäft gehört. Die ihnen in die Hände gefallenen Kerzen nahmen sie mit und verließen die Kirche durch die linke Seitentür, deren Öffnung von innen keine großen Schwierigkeiten machte. Neben dem Altar und beim Eingang liegen die Umhölbe ihre überbleibende Bittenskarte zurück. Außer den Kerzen ist laut „Bad.“ Beobachter kein Verlust zu bezeichnen. Der Tabernakel hat einen Schaden von 1000 M erlitten. Die Polizei hat sich bereits der Sache angenommen.

7. Tanzabend der Gesinn. Wiefental. Einen vollen Erfolg konnten gestern abend die drei Schwestern Wiefental mit ihrem Tanzabend in der Eintracht buchen. Der geräumige Saal war voll besetzt, wie nur bei außerordentlichen Veranstaltungen. Dem Schwestertrio geht nicht ein guter Ruf voraus aus früheren Veranstaltungen in hiesiger Stadt. Wenn inzwischen auch mehrere Jahre verlossen sind, so stehen die Darbietungen immer noch auf künstlerischer Höhe und die anmutigen Gesinngestalten sind immer die gleichen. Besonders spricht der durchaus dezente Charakter der einzelnen Tanzbilder an. Nur schade, daß sich die 10 Mann Musik nicht dem feinen Stil der einzelnen Tänze anpassen vermochten.

8. Selbstmordversuch. Gestern nachmittag versuchte sich ein im Zirkel wohnender 81 Jahre alter Mann zu erhängen, konnte aber noch rechtzeitig durch einen Schutzmann daran verhindert werden. Schon vor einigen Tagen hatte der Mann versucht, sich mit einem Taschenmesser die Pulsadern zu öffnen. Milchfäule. Laut Polizeibericht vom 2. März 1920 wurden 93 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet: 4 als gewässert und 9 als entrahmt. Vom Schöpfengericht Bretten wurde eine Landwirtebesetzung aus Zaisenhäusern wegen vorläufiger Milchfäule zu einer Geldstrafe von 400 M verurteilt. Zur Anzeige gelangten eine hiesige Wollereibesitzerin wegen Milchfäule und ein hiesiger Tapezier wegen Schlechthandels mit Milch.

9. Diebstahl. Verhaftet wurden: Ein Musiker aus Zell und ein Maler, aus Zaisenhäusern, welche aus einer Fabrik hier Vertrieben von erheblichem Wert entwendet haben, sowie ein Tagelöhner aus Mörich wegen Diebstahls. Ferner ein Kleider aus Heidelberg, eine Kellnerbesetzung von hier, ein Tagelöhner aus Mos-Anfeld wegen Diebstahls, sowie ein Kaufmann aus Frankfurt a. M. wegen Hehlerei.

zum Kapitel Weinbaugebiet, das wir in unserer Mittwochsnummer in einer Zuschrift aus dem Oberland behandelten, überfand uns der Verein Karlsruher Weinhandlender und Branntweinbrenner folgende Erwiderung: Der Weinhandel, der sich an die Regierungsverordnungen hielt, hatte nicht die Möglichkeit, sich einigermassen nennenswerte Quantitäten aus den badiischen Weinproduktionsgebieten zu beschaffen und mußte zusehen, wie die badiischen Weine in Kreise abwanderten, die es weniger genau mit der Einhaltung der Geseze nahmen. Der Weinhandel sieht sich in großer Sorge, woher er in den kommenden Monaten seine Handelswaren nehmen soll. Badiische Weine zu den Höchstpreisen hat der Handel so gut wie keine auf Lager, schon deshalb nicht, weil mit verschwindenden Ausnahmen die Weinzeuger gar nicht daran dachten oder denken, ihre Weine zu den Höchstpreisen abzugeben. Der Versuch der Landwirtschaft, dem Handel wieder mal einzuhängen, muß energig zurückgewiesen werden.

Kleine Nachrichten.

Landberg a. M., 1. März. Nach vierzehntägiger Verhandlung ging am Samstag der große Rassenstreikwallbroch vor dem hiesigen Landgericht zu Ende, der die Baerwaldschen Anwesen im Juni v. J. zum Gegenstand hatte. Angeklagt waren 52 Personen. Das Gericht verurteilte 18 Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Monat bis 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, 6 wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 4 bis 6 Monaten Gefängnis, 2 wegen Diebstahls zu 3 Tagen bis 2 Wochen, 6 wegen Falscherei zu 3 Tagen bis 2 Monaten Gefängnis und einen Angeklagten wegen Unterschlagung zu einer Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Krausfurt a. M., 1. März. Die chemische Industrie hat vor mehreren Monaten wegen Kohlenmangels ihren Betrieb fast vollständig einstellen müssen. Sie hat ihn jedoch heute wieder im vollen Umfang aufgenommen, nachdem genug Kohlen eingetroffen sind. Die bestellten amerikanischen Kohlen sind noch nicht eingetroffen.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ wurde auf der Eisenbahnstrecke Hof-Geer bei Gehlau der Oberpostkassener im Bahnpostwagen erschossen und der Wagen ausgeraubt.

Aus Dresden wird gemeldet, daß in Scharfenberg bei Meissen der uralte Silberbergbau wieder aufgenommen werden soll.

Nach dem „Berl. Lokalanz.“ hat in Osterhofen in Niederbayern ein Bauernbrot bei einer Regelpartie 15 000 A verloren. Es stellte sich heraus, daß der Regelleiter mit 260 A bestochen worden war. Das Landgericht in Deggendorf hat die betrügerischen Mittäter und den Regelleiter zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Zufolge Mangels von Waggons zum Abtransport der Kohlen ist, wie der „Vorwärts“ erzählt, die Durchführung des mit den vier großen Bergarbeiterverbänden des Ruhrreviers erzielte Abkommens gefährdet.

Dresden, 1. März. Die Stahlarbeiter in Schmalles haben am Samstag beschlossen, in den Zustand zu treten, um eine 40prozentige Lohnerhöhung zu erzielen. Davon werden 16 000 Arbeiter berührt.

Briefkasten der Redaktion.

An verschiedene Filialen! Es wird uns vom Bahnpostamt hier mitgeteilt, daß am gestrigen Montag für verschiedene unserer Filialen infolge eines Versehens unsere Zeitungsbunde nicht mit den üblichen Kurven befördert wurden. Also keine Botschaft gegenüber dem Trägerpersonal erheben.

G. B. Dies Verfahren ist natürlich nicht statthaft. Sie können nicht gezwungen werden, alle Lebensmittel zu nehmen. Verlangen Sie unbedingt die Herausgabe des Geldes.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badiische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Sozialisten Hermann Winter; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Lindenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

„Vollständiger Karlsruhe-Beit.“ Zweite Sitzung eines Mitgliedes Zusammenkunft heute abend 7 1/2 Uhr im Vereinslokal „Stadt Karlsruhe“. Um mündliche Weitergabe wird gebeten. Der Vorstand.

Stimmen. (Sozialdem. Wahlverein.) Donnerstag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Walden Mann“. Vortrag des Gen. Kullmann über „Sozialismus, Kommunismus und Volkswirtschaft“. Hierzu ladet freundlich ein. 578 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schifferzeit 110, gef. 15; Neßl 202, gef. 8; Magau 378 gef. 7; Mannheim 256, gef. 15 Zentimeter.

Tabak betr. Mitbringen der Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 10. Oktober 1918 über Rohtabak (Reichsgesetzblatt Seite 1145) in der Fassung vom 1. November 1919 (Reichsgesetzblatt Nr. 218) in Erinnerung und machen besonders auf die Strafbestimmungen aufmerksam, die in § 14 der genannten Verordnung wie folgt lauten:

1. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte oder Vorräte, deren Ueberlassung nach § 4 verlangt worden ist, heimlich abgibt, beschlagnahmt, gerührt, verbraucht, verarbeitete oder sonst verwendet;
2. wer unbefugt Vorräte der in Nr. 1 genannten Art verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt;
3. wer die gemäß § 8 erforderte Auskunft nicht in der geforderten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
4. wer der Vorschrift des § 8 Abs. 2 zumider Versteigerung nicht beobachtet, oder wer sich der Versteigerung zum Geschäft- oder Betriebsgeheimnis nicht enthält;
5. wer der Verpflichtung zur Aufzeichnung und pflichtgemäßen Behandlung (§ 9 Abs. 1) zumiderhandelt;
6. wer den vom Reichslandrat gemäß § 18 Abs. 1 getroffenen Bestimmungen zumiderhandelt.

In den Fällen der Nr. 1 und 2 kann bei vorläufiger Zurückbehaltung neben der Strafe auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafrechtliche Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. 575

Bekanntmachung.

Nachstehend werden die durch Bürgerauschüsse (Blatt vom 27. Februar 1919 genehmigten, mit dem 1. März ds. J. in Kraft tretenden Änderungen der Bestattungsordnung

Bestattungsordnungen betreffend. **Gemeindefassung über das Bestattungswesen** (Bestattungsordnung). § 7 (neue Fassung).

Die Errichtung von Grabdenkmälern aller Art und die Einsetzung der Bestattungsplätze auf den städtischen Friedhöfen bedürfen der vorherigen Genehmigung der Gemeindebehörde. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Denkmäler und Einsetzungen den billigen Anforderungen des Schönheitsbegriffes widersprechen, die Harmonie der Umgebung sowie die ruhige Gesamtwirkung stören, wenn sie im Hinblick auf die bauliche Sicherheit zu beanstanden sind oder wenn sie Darstellungen oder Aufschriften tragen sollen, die der guten Sitte zumiderlaufen.

Die näheren Bestimmungen zum Vollzug dieser Vorschriften erläßt der Ausschuss für das Bestattungswesen. Er kann insbesondere für einzelne Teile der städtischen Friedhöfe, für einzelne Grabfelder oder einzelne Grabstellen anordnen, daß auf ihnen nur bestimmte, nach Art und Größe, Material und sonstiger Beschaffenheit einheitliche Grabdenkmäler aufgestellt werden dürfen, daß Grabsteininschriften auf ihnen nur von bestimmter einheitlicher Art oder gar nicht erteilt werden dürfen, oder daß die gärtnerischen Anpflanzungen der in ihm gelegenen Grabstätten nur nach einheitlichen Plänen ausgeführt werden dürfen. Bestimmte, den Friedhof gebräuchlich verwendete Grabsteinformen, Grabmalgestalt und Materialien kann die Friedhofskommission allgemein von den städtischen Friedhöfen ausschließen.

Vor Erlassung von Anordnungen der vorbezeichneten Art ist der Vertretung der Interessierten der beteiligten Gewerbetreibenden Gelegenheit zur Anhörung zu geben.

Innerhalb des Rahmens der erlassenen Vorschriften ist den Wünschen der Hinterbliebenen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

§ 7a (neue Fassung).

Den Vollzug der gemäß § 7 Abs. 2 erlassenen Vorschriften überträgt das städtische Gartenamt und in dessen Auftrag der Friedhofverwalter. Das Gartenamt ist auch zuständig zur Erteilung der Genehmigungen gemäß § 7 Abs. 1 im Auftrag der Gemeindebehörde.

Bei Einholung der Genehmigung ist ein Plan des Denkmals oder der Einsetzung, welcher vom Befehlshaber oder dem Ausführenden unterzeichnet werden muß, unter Angabe des für das Denkmal vereinbarten Preises, in doppelter Fertigung einzureichen. Die eine Fertigung verbleibt beim Gartenamt, die andere wird mit dem Beweiskennzeichen versehen dem Antragsteller zurückgegeben.

§ 7b (neue Fassung).

Zur Unterlegung des Ausschusses für das Bestattungswesen kann der Stadtrat einen „Beirat“ für

„Friedhofsanstalt“ einsetzen. Der Beirat soll außer dem Vorstand des Gartenamts als Vorsitzenden aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen drei städtische Sachverständige, darunter ein Fachmann aus dem Bereiche der Friedhofsanstalt, ferner zwei Nichtamtleute aus den Reihen der Ausschüsse für das Bestattungswesen und je ein Vertreter der Grabsteingewerbetreibenden und der Friedhofgärtner sein sollen.

Der Beirat für Friedhofsanstalt ist vor Erlassung von Anordnungen im Sinne des § 7 Abs. 2 der Bestattungsordnung zu hören. Die Errichtung der Genehmigungen gemäß § 7 Abs. 1 kann der Stadtrat dem Beirat für Friedhofsanstalt mit der Wirkung übertragen, daß das Gartenamt an die Entscheidungen des Beirats gebunden ist.

§ 8a (neue Fassung).

Gewerbetreibende oder deren Bevollmächtigte, welche auf den städtischen Friedhöfen im Auftrag der Hinterbliebenen Arbeiten irgend welcher Art auszuführen haben, bedürfen eines vom Gartenamt ausgestelltten schriftlichen Aufweises, den sie beim Betreten des Friedhofes unumgänglich dem Friedhofverwalter vorzulegen und während der Dauer ihres Aufweises auf dem Friedhof bei sich zu führen haben. Wiederholte Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift oder gegen sonstige Vorschriften der Bestattungsordnung können, abgesehen vom polizeilichen Einschreiten, mit Einziehung der Erlaubnis zum Betreten des Friedhofes auf die Dauer eines Jahres vom Ausschuss für das Bestattungswesen geahndet werden.

§ 8b (neue Fassung).

Für Beschädigungen oder Verletzung von Grabdenkmälern, Einsetzungen, Anpflanzungen sowie für Entwendungen, die nicht nachweislich durch fahrlässige Angestellte verübt worden sind, übernimmt die Stadtgemeinde keinelei Haftung.

VII. Gebührenordnung.

A. Friedhofgebühren.

§ 63 (neue Fassung).

Bei der Bestattung von allgemeinen Bestattungsplätzen müssen folgende Gebühren bezahlt werden:

1. Platzgebühr in den Fällen des § 1 Abs. 2 für ein Grab zur Aufnahme der Leiche eines Erwachsenen eines Kindes 100 A
2. für einen Nebenbestattungsplatz 50 A
3. für ein Grab zur Aufnahme der Leiche eines Erwachsenen eines Kindes 40 A
4. für einen Nebenbestattungsplatz 20 A
5. für Verrechnung des Grabes eines Erwachsenen nach unläufiger Verrechnungzeit auf weitere 10 Jahre (§§ 10 und 11) Verrechnungsgeld 80 A
6. für Verrechnung eines Nebenbestattungsplatzes nach unläufiger Verrechnungzeit auf weitere 10 Jahre: Verrechnungsgeld 50 A
7. für Verrechnung des Grabes eines Kindes nach unläufiger Verrechnungzeit auf weitere 15 Jahre: Verrechnungsgeld 40 A
8. für die Erlaubnis zur Aufstellung eines Grabdenkmals im Falle des § 18 Abs. 2 (Denkmalgebühr): auf Gräbern für Erwachsene 20 A auf Gräbern für Kinder 10 A

§ 68 (neue Fassung).

Für die Bewilligung oder Verlängerung des Bestattungsberechtigten an besonderen Bestattungsplätzen auf dem Hauptfriedhof werden folgende Gebühren erhoben:

1. Platzgebühr für je einen Bestattungsplatz und 1 Grab: a) für Grabstätten an Fußwegen 8 A b) für Grabstätten an Seitenwegen 11 A c) für Grabstätten an Hauptwegen 14 A d) für Grabstätten an Mauern 18 A e) für Grabstätten an bevorzugtem Platz 24 A
2. Gruftengebühren für je eine Gruft und 1 Grab: a) für Gruften 1. Größe 40 A b) für Gruften 2. Größe 60 A c) für Gruften 3. Größe 80 A
3. An der Nebenbestattungsanlage beim Krematorium: a) innerhalb der Barteranlage einschließlich der Wägen 12 A b) zu beiden Seiten der Barteranlagen 16 A c) zu beiden Seiten des Holzgangweges 20 A d) auf der unteren Terrasse 30 A e) bevorzugte Plätze auf der oberen Terrasse, an den zwei Halbkreisen am Ende der Quertreife und an sonstigen von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Stellen 40 A

Zu dieser Gebühr (Biffer 2) ist die Vergütung für die gärtnerische Anlage und Unterhaltung der Grabstätten mit inbegriffen.

4. Für Plätze auf dem Friedhof des Stadtbl. Mühlberg: a) für Grabstätten an den Wegen 8 A b) für Grabstätten an bevorzugten Plätzen 15 A

5. Denkmalgebühren: Für die Aufstellung von Grabdenkmälern aller Art auf besonderen Bestattungsplätzen auf allen Friedhöfen wird folgende Denkmalsgebühr erhoben:

- Bei Denkmälern im Werte von — eingerechnet die Aufkraft, aber ohne die Grabsteinfassung: bis 200 A 20 A 201 A bis 500 A 30 A 501 A bis 1000 A 50 A über 1000 A 8 % des auf volle Hundert Mark aufgerundeten Wertes des Denkmals.

Eiserne Grabdenkmäler u. dergl. werden in den Wert des Denkmals mitingerechnet. B. Bestattungsgebühren. § 69 (neue Fassung).

1. Die Art der Bestattung auf dem Hauptfriedhof und dem Friedhof des Stadtbl. Mühlberg — sei es Erdbestattung oder Feuerbestattung — ist für alle Bestattungen gleich.

Die Bestattungsgebühr beträgt: für die Bestattung eines Erwachsenen (über 10 Jahre) 75 A für die Bestattung eines Kindes über sechs Jahre 50 A für die Bestattung eines Kindes unter sechs Jahren 30 A für die Bestattung eines Kindes unter 1 Jahr 20 A

wenn die Leiche durch die Angehörigen in die Bestattungshalle gebracht wird (§ 25) für das Eintragen unterirdischer Leichensäcke oder menschl. Körperreste (§ 20) 2 A

Zur Bestattung gehört: a) die Beseitigung der Leichenschau; b) die Befreiung des Sarges und eines Sterbekleidens, das Ankleiden der Leiche und das Einlegen der Leiche in den Sarg; c) das Verbringen der Leiche in die Bestattungshalle mittels eines Leichenwagens; d) die Aufbohrung und Bewachung der Leiche in der Bestattungshalle; e) die Stellung eines Trauerwagens für die Fahrt vom Trauerhaus auf den Friedhof und zurück; f) die Beerdigung der Leiche oder deren Einäscherung und die Beilegung der Aschenreste.

2. Als besondere Leistungen werden nur zugelassen: eine reichere Ausstattung des Sarges und des Sterbekleidens, eine vermehrte Zahl der Trauerwagen, die gärtnerische Ausschmückung der Friedhofkapelle und des Orgel- oder Harmoniumspiels in der Friedhofkapelle oder im Krematorium.

Die besonderen Leistungen dürfen nur durch Vermittlung des Bestattungsamtes angefordert werden.

Als Gebühr für die besonderen Leistungen erhebt die Stadtgemeinde neben der Bestattungsgebühr ihre tarifmäßigen Selbstkosten mit einem Zuschlag von 50 % der Gesamtrechnung für diese zugunsten der Kasse für das Bestattungswesen.

Das Gleiche gilt, wenn auf Antrag der Hinterbliebenen eine Leiche oder die Leberreste einer solchen an einem Bestattungsplatz in einen anderen, oder von einem Friedhof nach dem anderen überführt werden muß.

Bestattungen nach auswärts. § 73 (neue Fassung).

Soll eine Leiche mit der Bahn nach auswärts verbracht werden, so wird die Leiche vom Sterbeort (ausgenommen die Krankenhaus mit eingerichteten Leichenhallen) nach der Bestattungshalle und von hier aus nach dem Bahnhof zur Abholung an die Bahnhofsbehörde verbracht.

An der Bestattungsgebühr gemäß § 69 tritt kein Zuschlag ein.

Bestattungen von auswärts. § 79 (neue Fassung).

Wird eine Leiche zur Bestattung auf einem der hiesigen Friedhöfe mittels der Bahn herbeigeführt, so erhebt sich die Bestattungsgebühr, sofern es sich nicht um auswärts gestorbene hiesige Einwohner handelt, um 50 vom Hundert, und wenn die Leiche im hiesigen Krematorium eingeschifft werden soll, um 100 % ihres Wertes. Die Leistungen der Gemeinde sind die gleichen mit der Maßgabe, daß auf Wunsch die Verladung des Sarges nach auswärts hinzukommt und an der Stelle der Abholung der Leiche im Sterbehof die Abholung an der Bahn tritt.

Wird eine Leiche mittels des Leichenwagens oder eines Fuhrwerks von hier nach auswärts oder von auswärts nach hier überführt, so bestimmt die Gemeindebehörde in jedem einzelnen Falle die von der Gemeinde zu übernehmenden Leistungen und die dafür zu bezahlende Gebühr.

Die §§ 29, 31, 69 Abs. 2, 70-76, 80-84, 86 und 87 der alten Fassung werden aufgehoben.

Karlsruhe den 27. Februar 1920. 569 Der Stadtrat.

Billiger wie von Auswärts!

Schön gezeichnete Schwarzwälder Uhr

nebst Wetterhäuschen. Preis nur 12 Mark.

Die Uhr ist geölt und reguliert (1 Jahr Garantie).

Verlang-Geschaft C. Giersberg, Karlsruhe-Mühlberg, Sternstraße 1 (Baden).

Nach Auswärts Porto extra.

Monteur

für Tischkühlanlagen oder junger Mannes oder Plattenleger der den Bau von Kühlanlagen erlernen will sofort gesucht bei

Kreis & Wieber Kühlanlagenbau Kaiser Allee 61 u. Turnerstr. 1 Badlangen. 2049

Städt. Vierordtbad

Heißluft- u. Dampfbäder

(irische, römische u. russische Dampfbäder)

Elektr. Lichtbäder

Damenbadeselt: Donnerstags vorm. von 9-1 Uhr und Freitags nachmittags von 2 1/2-7 1/2 Uhr. 50

Herrnbadeselt: Donnerstags nachmittags von 2 1/2-7 1/2 Uhr, Freitags vormittags von 9-1 Uhr und Samstags den ganzen Tag.

An Sonn- u. Feiertagen geschlossen.

Einbestellung-Ausschreibung der Stadt Karlsruhe

Gewinngebot. Georg Deimburger von hier, Schneider hier, mit Luise Gräfin von Sulzfeld, Ludwig Günther von hier, Schlosser hier, mit Luise Grimm von Redar, Tischlermeister. Wilh. Götter von Mühlberg, Kaufm. hier, mit Helma Wegener von Gießen, Leobold Lorenz von Baden, Kaufmann hier, mit Sofie Kraft von hier, Julius Kottbans von Mühlberg, Kaufmann hier, mit Gertrud Kottbans von Mühlberg, Wilhelm Bunt von hier, Kaufmann hier, mit Emilie Köhler von hier, Carl Göttele von Mühlberg, Bergbauingenieur in Mühlberg, mit Kath. Hed von Gdingen, August Stumpf von hier, Postbote hier, mit Kath. Müller von Gdingen, Ludwig Reuhart von Mühlberg, Bergbauingenieur hier, mit Felicia Roll von Mühlberg.

Todesfälle. Adolf Knodloch, Schneider, Ghemann, alt 41 Jahre. Kath. Mang, alt 50 Jahre. Witwe von Johann Lang Bremser, Anna Weber, Schneiderin a. B., alt 60 Jahre. Stanislaus alt 3 Jahre. Kaiser Jakob Offen, Maler und Obermeister.

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 3. März, abends 7/8 Uhr, im Saale des „Elefanten“, Kaiserstr. 42:

Öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung: „Die Frau in der Politik“. Referentin: 2011 Frau Rechtsanwalt Dr. Trautwein, Stadtverordnete aus Forstheim. Hierzu sind insbesondere alle Frauen freundlichst eingeladen. Freie Aussprache. Eintritt für Nichtmitglieder: Frauen 50 Pfg., Herren 1 Mk., Mitglieder frei. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Geschäftsstelle des „Volksfreund“, Luisenstr. 24, erhältlich. Der Vorstand.

Zentralverband der Fleischer u. Berufsangehörigen, Ortsverwaltung Karlsruhe.

Mittwoch den 3. März, abends halb 8 Uhr, findet im „Weißen Löwen“, Kaiserstr. 21, eine

Öffentliche Versammlung

statt. Tagesordnung: Die Betriebsratwahlen in unserem Berufe. Alle Angestellten in Bäckerei und Laden, Verkäuferinnen, sind hierzu eingeladen. 2046 Für Mitglieder ist diesen Abend das Erscheinen Pflichtig.

Achtung! Modistinnen!

Mittwoch abend 6 Uhr nach Geschäftsstich findet im Saale des „Goldenen Adlers“, Karl-Friedrichstr. 12, eine

Versammlung

für alle in der Putzbranche tätigen Arbeiterinnen. 2055 Ist. Es ist unbedingt Erscheinen aller notwendig. Verband der Schneiderinnen und Modistinnen. Der Einberufer: Eugen Weh.

Großer öffentl. Vortrag

Karlsruhe, Donnerstag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle (kleiner Saal Stadtpark) über 2048

Völkerbund — Weltrevolution

der Untergang Babylons und der alten Weltordnung im Lichte der Prophezeiungen Gottes und der ewige Weltfrieden.

(Offb. 18, 8-24; 14, 11-20; 17, 8-18; 19, 11-21; 2. Petr. 3, 7-14; Offb. 20, 1-3; Joh. 32, 1, 2; Micha. 4, 1-3).

Redner: A. Stenzel, Vorkämpfer von Offb. 18, 1. Eintritt 2 Mk., Galerie und Stehplatz 1 Mk. Kartenverkauf Abends 7 Uhr an der Kasse. Niemand verdammt zu kommen. Freie Aussprache. 2048

Arbeiter-Stenographen-Verein (System Arends), Karlsruhe.

Am 3. März beginnt ein neuer

Aufänger-Kursus

in der deutschen Volkstanzschrift, System Arends. Hierzu können noch Anmeldungen entgegen genommen werden. Wir bitten um zahlreichen Besuch. 2053 Der Vorstand.

Noch ist es Zeit!

Nur Dienstag, den 2. März und Mittwoch, den 3. März 1920.

Kaufe alte, auch zerbrochene Zahn-Gebisse bezahle nicht bis — sondern pro Zahn mit echten Stützen den realen Preis von 18.50 Mk.

Holzbrand-Stifte

60, 100, 140 Mark = und mehr — je nach Größe. — Ankauf im 2064

Hotel zum Bratwurstglöckle

vorm. 1/10 Uhr bis nachm. 6 Uhr. Eingang

Nebenzimmer rechts, part. Adlerstraße Nebenzimmer rechts, part.

Noch ist es Zeit! Donnerstag, 4. März endgültig letzter Tag.

Badisches Landestheater.

Dienstag, den 2. März 1920 577

Moral

Komödie in drei Akten von Ludwig Thoma. Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende halb 10 Uhr.

Rabatt
Dem Kaufmann Barzahlung
Der Hausfrau Sparmarken.
Der kluge Käufer rechnet!
Verlosung von 10000 Mk.
findet im April 1920 statt.
SPAR VEREIN KARLSRUHE EV.

Ab 1. März

kostet durch allgemeine Material-Preiserhöhung

Gummibesohlung m. Absätzen

für Herren komplett Mk. 25.—
„ Damen „ „ 22.—
„ Kinder „ „ 17.—
Die Gummibesohlung ist garantiert haltbarer wie Leder, und können auch reparaturbedürftige Schuhe ohne neue Lederbesohlung mit Gummisohlen belegt werden.

Schuhbesohl-Anstalt Henainger

mit Krautetrieb 2045
Kaiser-Allee 145 — Haltestelle Philippstraße.

Perfekter
Autogener Schweißer
für dünne Bleche,
einige gelernte
Modell-Schreiner
werden eingestellt. 570
Benz-Werke, Gaggenau in Baden.

Rechtsanwaltsstelle d. Gewerkschaftskart. Nastatt

Die Sprechstunden der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Mittwoch nachmittag von 4—6 Uhr im „Anker“ statt. 1578

Heute eingetroffen:
Gross- Sendung.
Frische grüne Heringe
Hermann
TIETZ.

Küchen- u. Hausmädchen

für Wirtschafts-Betrieb zum sofortigen Eintritt gesucht Lohn M. 125.— bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt

Fachabteilung für das Hotel- und Wirtsgewerbe Zähringerstraße 98 (Erdgeschoss.)

Getragene Herren-Hüte

werden zu Konfirmandenhüten umgefärbt und umgearbeitet 1976

Hutfabrik Alfred Günther

Telefon 3036. Zähringerstr. 59.

Karlsruher Lokalbahnen.

Bekanntmachung.

Vom 1. März ab. ab erhöhen sich die Tarife im Expresstakt. Städt. u. Güter- im Wagenabzug, sowie im Tierverkehr um 100 Prozent. Karlsruhe, den 27. Febr. 1920. Städtisches Bahnamt.

Lesen Sie nächsten Freitag, den 3. März an den hiesigen Anschlagsbuden die

Anzeige

von der Verlosung Ernter-Bibelforscher Karlsruhe. 2052

Blindenarbeit!

Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau

Nagelarbeiten

aus vorräthigem Schweißhaar zu haben. 2001

Haar-Ringen

(Stiele), werden haarscharf geschliffen, Std. 15 Pfg. Kaiserstr. 34, Baden. 0107

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Mittwoch, den 3. März, bis Freitag, den 5. März 1920, in den Zeitungsverkaufsstellen Nr. 239 bis einschließlich Nr. 249 an die dort eingetragene Kundenschaft, gegen die Barenmarken J 132.

Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 2.40 für das Pfund. Karlsruhe, den 1. März 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe. Städt. Milchwirt.

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H.

Karlsruhe Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)

Täglich geöffnet von vorm. 9—12, nachm. 2—6 Uhr. Fernsprecher 5157.

Waschtüll-Reste

Stück 2.50

Geschwister Binfeld

Kaiserstrasse 38. 2007

Durchführung der Sozialdemokratischen Partei, Karlsruhe i. B.

Sieben erschien

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.—15. Juni 1919.

Aus dem Inhalt: Die Referate Scheibmann und Dornier über die Aufgaben der Partei in der Republik. Zur Frage „Räte-System und Reichsregierung“. Die Reden von Dr. Einzweimer und Max Cohen. Ausführungen von Rudolf Wiffel und Robert Schmidt über unsere Wirtschaftspolitik. Bericht über die 7. Frauenkonferenz, abgehalten in Weimar am 15. und 16. Juni 1919.

Brosch. 7,50 Mark, geb. 10.— Mark. Bibliotheks-Ausgabe: brosch. 15.— Mark, geb. 22.— Mark.

Wir suchen eine zuverlässige

Zeitungsträgerin

für die Weststadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des Volksfreund Luisenstr. 24.

Leder-Sohlen

5 Paar

Leder-Absätze

10 Paar zusammen 15 Mark. 2007

Mals-Schuhbedarf, Kaisersstr. 223.

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.